Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 5.39 zł, vierteljährlich 16.16 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten:** Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 275. Bromberg, Mittwoch den 30. November 1932. 56. Jahrg.

Schleicher im Rampenlicht.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Man kann bisher nur ahnen, wie interessant die Wendung ist, die jetzt, nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler, in der Entwicklung der deutschen Regierungskrise eingetreten ist. Soweit das Programm bisher feststand, sollte jetzt die einfache Wiederbetrauung Papens erfolgen, welcher ja schon in Verhandlungen mit den verschiedensten Stellen während der ganzen Dauer der bisherigen Regierungskrise von dem geschäftsführenden Reichskabinett vorgearbeitet worden war. So war es wenigstens der Wille auch des Reichspräsidenten von Hindenburg, dem auch jetzt noch die einfache Wiederbetrauung des Herrn von Papen am meisten läge.

Es ist kein Geheimnis, daß Schleicher gegen diese Lösung stand. Er hat während der letzten Wochen des Kabinetts Papen nur noch mit halbem Herzen mitgemacht. Er stand wieder, wie schon so oft auf dem Trittbrett, bereit zum Absprung. Gleich von Anfang an hat er sich z. B. beim Wirtschaftsprogramm nicht recht durchsetzen können und geriet auch in anderen Fragen in einen latenten Gegensatz zum Kanzler, den auszutragen er wohl so lange nicht für glücklich hielt, als Papen das volle Vertrauen des Reichspräsidenten genoß. Er vertraute wohl darauf, daß Papen sozusagen über sich selber fallen würde. Die wachsende Gegnerschaft, die sich Papen von allen nur möglichen Seiten zuzog, das innere Auseinanderfallen des Kabinetts, das an dem Streit um die Kontingente offenbar wurde, gaben seinen Erwartungen Recht. Nach unserer Kenntnis trifft es nicht zu, daß Schleicher Wesentliches zum Sturze Papens nach den Wahlen beigetragen hat. Er hatte das auch nicht notwendig. Wozu sollte er sich exponieren, wenn die großen Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage das Werk vollendeten und eine Befragung der Parteien nach den Wahlen gewissermaßen erzwangen?

Aber den Kreisen, welche während der letzten Wochen die Wiederkehr Papens vorbereiteten, blieb natürlich nicht verborgen, welche Entwicklung der Reichswehrminister von Schleicher am ehesten begünstigen würde. Man hatte auch eingesehen, daß Papen bei den Bemühungen, nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler die Aussichten für ein neues, von ihm geführtes Kabinett nur die Entdeckung würde machen können, daß nicht einmal mehr die Deutschnationalen ganz dafür zu haben gewesen wären. Wenn die Lösung „Papen" so durchprobiert worden wäre, wie die Lösung „Hitler", so hätte das Ergebnis von vornherein festgestanden. Die Bahn wäre für Schleicher vollkommen frei gewesen, wobei die Gefahr nicht zu übersehen war, daß sich die Kräfte, die zu Papen neigten, wenn sie sich allzusehr für ihn eingesetzt hätten, sich für die Lösung „Schleicher" von vornherein ausgeschaltet hätten.

Das verhinderte Papen, indem er bei der Beratung, die am Sonnabend beim Reichspräsidenten stattfand, durchsetzte, daß gleichzeitig mit ihm auch der Reichswehrminister von Schleicher ausgeschickt wurde, seine Aussichten auszukundschaften. Er erzwang dadurch gleiche Bedingungen für sich und Schleicher. So wenig berechtigt die Erwartungen Papens auf einen erfolgreichen Ausgang seiner Bemühungen sein mögen, so darf man doch jetzt noch nicht aufhören, mit ihm zu rechnen, weil man die Tatsache im Auge behalten muß, daß der Reichspräsident am meisten zur „Lösung Papen" neigt.

Aber es kommt auch noch etwas anderes hinzu, welches die Pläne Papens durchaus noch nicht als ganz erledigt erscheinen lassen. Schleicher hat nämlich für den Fall, daß er betraut werden sollte, die Bedingung gestellt, daß ein sogenannter Waffenstillstand mit dem Parlament erreichbar sein müsse. Der Bericht des Zentrumsführers Kaas über seine Verhandlungen mit den Parteiführern war in der Behauptung ausgegangen, daß eine Abrede mit den Parteien über einen solchen Waffenstillstand, eine Art Stillehaltung bis etwa in das Frühjahr hinein, sehr wohl möglich sei. Die Besprechungen, welche der Reichswehrminister inzwischen mit Persönlichkeiten aus den Parteien, den Wirtschafts- und Berufsverbänden gehabt hat, haben das nicht unschwer zu erratende Ergebnis gehabt, daß ein solcher Waffenstillstand jetzt kaum mehr zusammenzubringen ist.

Mit anderen Worten: Schleicher müßte sich zum Kanzler eines ausgesprochenen Konfliktkabinetts betrauen lassen. Ob das in seinem Sinne liegt, ist sehr die Frage. Es könnte ihn auch niemand zwingen, diese Aufgabe zu übernehmen, außer dem Reichspräsidenten, der, wie gesagt, immer noch mehr Herrn von Papen zuneigt. Die Vorbereitung seines Rückzuges kann man darin erblicken, daß Schleicher selber seine Verhandlungen gewissermaßen nur als Kundschafter des Reichspräsidenten führt, der klären soll, welche Aussichten ein etwa umgebildetes Kabinett Papen bei der Wiederernennung hätte. Man wird sich also hüten müssen, schon jetzt die Betrauung Schleichers als sicher anzunehmen; noch belangloser sind natürlich sämtliche Ministerlisten, die bereits jetzt unter dem Namen Schleicher herumgereicht werden.

Vor Lösung der Krise im Reich.

Schleicher und Papen setzen die Verhandlungen fort.

Berlin, 29. November. (PAT)

General v. Schleicher und Reichskanzler v. Papen haben gestern die inoffiziellen Verhandlungen mit den Vertretern verschiedener politischer Gruppierungen fortgesetzt. Nach einer Mitteilung des Conti-Bureaus ist **die Entscheidung des Reichspräsidenten über die Ernennung des neuen Reichskanzlers erst am Mittwoch zu erwarten.** Vorher werden abermalige Konferenzen des Reichspräsidenten von Hindenburg mit dem Reichswehrminister General von Schleicher, mit dem Reichskanzler von Papen und dem Staatssekretär Dr. Meißner stattfinden.

Nach Informationen der „Voss. Zeitg." soll der Reichspräsident seiner Unzufriedenheit über die Hinziehung der Krise Ausdruck gegeben haben. An der Börse waren gestern sogar Gerüchte im Umlauf, daß der Reichspräsident von Hindenburg seine Rücktrittsabsicht geäußert haben soll. Der gestrige Nachmittag galt vor allem der Anbahnung eines Kontaktes mit den Sozialdemokraten und den Vertretern der Berufsverbände. General von Schleicher empfing den Führer der Berufsverbände Leipart und sodann zum zweiten Male den sozialdemokratischen Führer Dr. Breitscheid.

In einem nach dieser Konferenz durch die Vereinigten Berufsverbände herausgegebenen Communiqué wird festgestellt, daß die Arbeiter-Delegation mit der Forderung hervorgetreten sei, die Arbeitslosen während des Winters bei öffentlichen Arbeiten zu beschäftigen, die Bestimmungen der Verordnung vom 5. September, durch welche die Lohnfragen geregelt werden, aufzuheben und eine weitgehende Siedlungs-Aktion durchzuführen. **Nach dem „Vorwärts" denken die Sozialdemokraten nicht daran, eine bürgerliche, oder gar eine Rechtsregierung zu dulden.** Außerdem hatte der Reichswehrminister General von Schleicher eine Konferenz mit dem zweiten Vorsitzenden des Arbeitgeber-Verbandes, Dr. Brauweiler, sowie dem Vorstandsmitgliede der Christlichen Gewerkschaften, Otto, der als eventueller Kandidat für das Amt des Reichsarbeitsministers im Kabinett des Herrn Schleicher genannt wird.

Reichskanzler von Papen konferierte längere Zeit mit Geheimrat Dr. Hugenberg. Die formale Grundlage der geführten Unterredungen bildet die Frage, in welcher Weise einem neuen Kabinett des Reichskanzlers von Papen eine weitgehende Unterstützung gesichert werden soll. **General von Schleicher ist**, wie die „Börsen-Zeitung" meldet, **nur dann bereit, das Kanzleramt anzunehmen, wenn es ihm gelingen sollte, in einer parlamentarischen Mehrheit eine Stütze zu erlangen;** er möchte mit dem ganzen nationalen Lager zu einer Verständigung kommen und auf diese Weise sich und dem neuen Kabinett einen dauernden Stützpunkt im Volke sicherstellen. Die Möglichkeit, eine derartige Unterstützung zu finden, wird wie bisher ziemlich skeptisch beurteilt. Nach Informationen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wurde die Kandidatur des Generals von Schleicher auf den Posten des Reichskanzlers zu dem Zwecke aufgestellt, um zu verhindern, daß die Reichswehr in dem inneren Konflikt engagiert würde. Für ein Kabinett Schleicher, das den Charakter einer vorübergehenden Regierung hätte, sollen sich bereits Zentrumskreise ausgesprochen haben. Direkte Verhandlungen in dieser Frage sollen bis jetzt noch nicht geführt worden sein.

*

Schleicher und die Nationalsozialisten.

Berlin, 29. November. (PAT.) Die größten Schwierigkeiten bereiten gegenwärtig die Bemühungen Schleichers, auch die Nationalsozialisten für sich zu gewinnen. Der **„Völkische Beobachter"** gibt zu verstehen, daß die Berufung eines sich auf eine Mehrheit stützenden Kabinetts, das ohne die Nationalsozialisten regieren wollte, ein Unsinn wäre und die Notwendigkeit ergeben würde, die Reichswehr in Anspruch zu nehmen. Der Wechsel der Person des Kanzlers von Papen, der durch General von Schleicher ersetzt werden sollte, würde die Chancen des Präsidialkabinetts gegenüber der Reichswehr durchaus nicht vergrößern. Nach Presseinformationen soll General von Schleicher bereits einen Kontakt mit den Nationalsozialisten angebahnt haben; es ist jedoch noch nicht bekannt, welches Ergebnis er bei diesen Unterredungen erzielt hat.

*

Heute Entscheidung des Reichspräsidenten.

Berlin, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Ergebnisse der drei Tage währenden Sondierung des Reichswehrministers von Schleicher, ob die Parteien und Organisationen bereit wären, ein Präsidial-Kabinett unter seiner Führung zu dulden, werden am heutigen Dienstag erwartet. Die Entscheidung des Reichspräsidenten darüber, wer mit der Mission der Bildung des **neuen Kabinetts zu betrauen wäre**, hängt davon ab, in welchem Maße die Verhandlungen Schleichers der künftigen Reichsregierung die Unterstützung sichern könnten, die eine genügende Legitimation für ihre weiteren Schritte wäre. Auf Grund dieser Ergebnisse soll zum Leiter der Präsidial-Regierung eine Persönlichkeit ernannt werden, die sich eines besonderen Vertrauens des Reichspräsidenten erfreut.

Gleichzeitig mit den Verhandlungen in der Frage des künftigen Präsidial-Kabinetts finden zwischen den Parteien Besprechungen über die Verlängerung des politischen Waffenstillstandes bis zum Frühjahr statt. Die Sozialdemokraten sind damit unter der Bedingung einverstanden, daß die Regierung während des Waffenstillstandes keine wichtigeren politischen Entscheidungen trifft und in erster Linie auf eine Reform der Staatsordnung und der Weimarer Verfassung verzichtet.

*

Adolf Hitler zur Lage.

London, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Daily Expreß" erklärte Adolf Hitler, daß nach seiner Ansicht **in nicht mehr als vier Monaten das zu gründende Präsidial-Kabinett wieder gestürzt und dann der Tag der Nationalsozialisten gekommen sein werde.** Man könne einfach nicht gegen den Willen von 90 Prozent seines Volkes regieren. Das sei in Deutschland genau so unmöglich, wie es in England unmöglich sein würde. Auf den Einwurf des Berichterstatters, daß die Regierung schließlich durch die Gewehre der Armee geschützt sei, antwortete Adolf Hitler: „Gewehre könnten vielleicht in Rußland Wert haben, aber nicht in Deutschland."

Der Sturz der Regierung könne auf verschiedene Arten zustande kommen. In diesem Winter werde sich die soziale Not erhöhen, und es werde große Unruhen, Streiks und Ähnliches geben. Das Wichtigste sei aber, daß die Regierung einem katastrophalen Zusammenbruch ihrer Finanz- und Wirtschaftspläne gegenüberstehen werde. Hitler sagte, daß er bei den letzten Verhandlungen über die Regierungsbildung von Anfang an gewußt habe, daß es sich um eine große Komödie gehandelt habe, die erfunden worden sei, um dem deutschen Volk vorzutäuschen, daß man gerecht handeln wolle. Der Plan sei fehlgeschlagen, er sei nicht getäuscht worden, und auch das deutsche Volk lasse sich nicht täuschen.

*

Rosenberg lehnt ab.

München, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Unter der Überschrift **„Die NSDAP wird ein Kabinett Schleicher nicht tolerieren"** bringt der **„Völkische Beobachter"** an der Spitze des Blattes einen scharfen Artikel Rosenbergs, in dem u. a. ausgeführt wird:

„Unsere Stellung zu einem eventuellen Reichskabinett von Schleicher ist so eindeutig wie möglich. Die NSDAP wird ein Kabinett von Schleicher ebensowenig tolerieren wie das unheilvolle Kabinett von Papen. Die Gründe sind die gleichen. Man kann nicht eine kleine Clique Diktatur über Deutschland spielen lassen. Man kann nicht zusehen, daß das Arbeitslosenheer ins Unermessene steigt, der Kommunismus anschwillt, daß wir außenpolitisch immer mehr eingekreist werden, und daß dabei der Führer der einzigen großen nationalen Bewegung beiseite geschoben wird.

Es geht nicht an, daß jetzt nach dem unmöglichen Herrn von Papen einfach der Reichswehrminister an seinen Platz treten kann. Wenn nun die Reaktion die Verkündung eines Staatsnotstandes fordert, mit der deutlichen Absicht, die Arbeit der NSDAP zu unterbinden, so wird man sich an den in Betracht kommenden Stellen über die Folgen wohl im klaren sein. Ein Ausnahmezustand gegen die Nationalsozialisten wäre eine Herausforderung der gesamten Nation. Ein Kanzler, der das täte, würde sich außerhalb der Verfassung stellen und illegal werden. Die Reichswehr würde dadurch nur zu einem Instrument der Innenpolitik werden und auf ihrem Rücken würde sich der Bolschewismus verdreifachen. Das würde der Untergang Deutschlands sein."

*

Ein kommunistischer Geheimsender in Berlin.

Berlin, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Berlin wird seit einiger Zeit ein kommunistischer Geheimsender beobachtet. Der Sender wurde vor einigen Wochen entdeckt. In den letzten 14 Tagen setzte er seine Tätigkeit aus, die er am gestrigen Montag wieder aufgenommen hat. Die Ermittlungen der Polizei zur Auffindung des Senders haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Heute Unterzeichnung des französisch-russischen Nichtangriffspaktes.

Paris, 27. November. (PAT.) **Am morgigen Dienstag wird im Quai d'Orsay durch den Ministerpräsidenten Herriot und den sowjetrussischen Botschafter in Paris Dowgalewski der französisch-russische Nichtangriffspakt,** sowie das ihn ergänzende Schlichtungsabkommen unterzeichnet werden. Der Pakt ist das Ergebnis von Verhandlungen, die bereits im Jahre 1930 begonnen hatten.

Der **erste Artikel** des Vertrages sieht in ausführlicher und ganz besonders präzisierter Weise die Verpflichtung der beiden Staaten vor, sich in keinem Falle, sei es einzeln oder zusammen, mit anderen, mit einem oder mit verschiedenen Staaten in einen Angriffskrieg einzulassen. Weiter soll die Unantastbarkeit der Gebiete geachtet werden, die das Privileg der Souveränität genießen, oder über die Frankreich gegenüber dem Auslande die Vertretung und Verwaltungskontrolle dieser Gebiete übernommen hat. Diese Verpflichtung sichert also gegenüber Rußland nicht allein Frankreich und seine Kolonien, sondern auch die Gebiete, die unter französischem Protektorat stehen.

Der **zweite Artikel** ergänzt die vorigen Bestimmungen, daß sich, sofern einer der Vertragspartner dem Angriff von seiten einer oder mehrerer Mächte zum Opfer fällt, die zweite Seite verpflichtet, weder indirekt noch direkt der angreifenden Seite Hilfe zu erteilen. Andererseits betont derselbe Artikel ausdrücklich, daß, sofern der eine der Vertragspartner sich eines Angriffs auf einen dritten Staat schuldig macht, die vertragschließende Partei das Recht hat, unverzüglich das Traktat zu kündigen.

Der **dritte Artikel** zählt ausführlich die Verpflichtungen Frankreichs auf, die sich aus seinem Charakter als Völkerbundmitglied ergeben.

Der **vierte Artikel** bestimmt, daß sich beide vertragschließenden Parteien verpflichten, keinem internationalen Bündnis beizutreten, das faktisch das Verbot enthält, Ankäufe oder Verkäufe von Waren zu tätigen, oder der zweiten Seite einen Kredit zu erteilen und keine Schritte zu unternehmen, die zum Zwecke haben, sie von der Teilnahme an ihrem Außenhandel auszuschließen. Der Artikel verbietet für die Zukunft, analoge Verordnungen zu der Bestimmung des sowjetrussischen Dekrets vom 20. Oktober 1930 einzuführen, in der bestimmt wird, das keine Bestellung in Frankreich gemacht werden darf. Derselbe Artikel betont den Willen der beiden Länder, Verhandlungen zum Abschluß eines Wirtschaftsabkommens anzubahnen. Frankreich behält die Freiheit seiner Gesetzgebung im Rahmen der Abkommen, die es abzuschließen gedenkt. Als Gegenleistung verpflichtet sich Sowjetrußland, Frankreich an der Beteiligung am sowjetrussischen Export, sowie an den durch die Sowjets gemachten Bestellungen nicht zu hindern.

Der fünfte Artikel betrifft den politischen Angriff auf dem Wege der Propaganda. Er ist nach dem Muster des betreffenden Artikels des zwischen Sowjetrußland und Polen abgeschlossenen Rigaer Traktats redigiert. Die Sowjetrussische Regierung verpflichtet sich darin, sich jeglicher Aktion zu enthalten, die darauf abzielt, irgend welche Agitation oder Propaganda einzuleiten oder zu unterstützen, durch welche die territoriale Integrität des zweiten Vertragspartners, oder die politische Struktur der Gebiete, die in diesem Traktat genannt sind, zu verletzen. Die Sowjetregierung verpflichtet sich, auf ihrem Gebiete keine Organisationen zu unterstützen, zu subventionieren oder aufzunehmen, die sich die Rolle einer Regierung oder einer Vertretung des ganzen oder eines Teils der Territoriums der französischen Kolonien oder der Länder anmaßen, die unter dem Protektorat Frankreichs stehen. Dies betrifft die jungtunesischen oder junganamitischen Organisationen, die ihren Sitz in Rußland haben und von dort aus ihre Propaganda entwickeln. In dem Abkommen wird betont, daß die ehemaligen russischen Staatsangehörigen, die in Frankreich, sei es individuell, sei es in Gestalt von intellektuellen Gruppierungen ansässig sind, nicht unter diese Bestimmung fallen; sie werden auch weiterhin die Fürsorge, die ihnen die Französische Regierung ebenso wie allen anderen politischen Organisationen zuteil werden läßt, genießen können.

Beide vertragschließenden Parteien verpflichten sich, auf ihrem Gebiet keine militärischen Organisationen aufzunehmen, die das Ziel haben, einen bewaffneten Kampf gegen die zweite vertragschließende Partei aufzunehmen. Dies betrifft nur Organisationen, die sich mit der Übung und militärischen Schulung, dem Gebrauch von Kriegsgerät und Kriegsmaterial befassen. Gestattet dagegen sind sämtliche Vereine, die in Frankreich durch die ehemaligen Frontkämpfer zur gegenseitigen Unterstützung und Pflege der Traditionen ihres Vaterlandes gebildet wurden.

Das Schlichtungs-Abkommen

erinnert gewissermaßen an das deutsch-sowjetrussische Schlichtungs-Abkommen. Es sieht die Bildung einer ständigen Schlichtungs-Kommission vor, die periodisch zusammentritt und ihr Gutachten abgibt, an das die Regierungen jedoch nicht gebunden sind. Die ständige Schlichtungs-Kommission, deren Aufgabe es sein wird, sämtliche strittigen Fragen, sowie alle zwischen den beiden Staaten bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu begutachten, wird einmal im Jahre zusammentreten, im Notfalle aber auch außerordentliche Sitzungen abhalten.

In Pariser maßgebenden Kreisen wird festgestellt, daß die politischen Verhandlungen, die zum Abschluß des Nichtangriffspaktes geführt haben, in keinem Zusammenhange mit den Wirtschafts-Verhandlungen stehen, die binnen kurzem zwischen Paris und Moskau angebahnt werden sollen.

Rumänien ist befriedigt?

Bukarest, 28. November. (PAT) In einer Unterredung mit dem Korrespondenten der Havas-Agentur erklärte der rumänische **Außenminister Titulescu** u. a., daß **die Unterzeichnung des französisch-sowjetrussischen Nichtangriffspaktes Rumänien nur retten könne.** Jede Annäherung zwischen Frankreich, Polen und Sowjetrußland liege im Interesse Rumäniens. „Ich möchte“, so sagte der Minister, „im Namen Rumäniens meinen Dank gegenüber Frankreich zum Ausdruck bringen, das auch nicht einen Augenblick aufgehört hat, uns seine loyale und wertvolle Hilfe während der Verhandlungen Rumäniens **mit den Sowjets angedeihen zu lassen. Das Nichtzustandekommen des Nichtangriffspaktes** zwischen Rumänien und den Sowjets könne durchaus keinen Einfluß auf Rumäniens Bündnisse und auf seine gutnachbarlichen Beziehungen mit den Sowjets ausüben, und zwar mit Rücksicht auf den aufrichtigen Wunsch nach Frieden, sowie mit Rücksicht auf den Pariser Pakt, der auf Grund des am 9. Februar 1929 in Moskau durch die Sowjets und Rumänien unterzeichneten Protokolls ins Leben getreten ist.“

*

Eine deutsche Stimme.

Berlin, 28. November. (PAT) In einem Kommentar zu dem französisch-sowjetrussischen Nichtangriffspakt spricht der zum Hugenberg-Konzern gehörende „Tag“ von einem **Siege der französischen Ostpolitik.** Der Zweck dieses Paktes sei, nach Ansicht des Blattes, eine **Sicherung Polens im Osten, um dessen Druck auf Deutschland zu verstärken.** Wenngleich der Pariser Pakt, so heißt es im „Tag“ weiter, sich auf eine andere Grundlage stützt wie das Berliner Abkommen, so verringert dennoch dieser Umstand seine jetzige Bedeutung für Deutschland und Frankreich nicht, wenigstens sofern dies die Abrüstungs-Verhandlungen und die damit zusammenhängenden Ostprobleme betrifft.

Der Nichtangriffspakt

im Spiegel der Sowjet-Presse

Moskau, 28. November.

Die Ratifizierung des polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages wird in Moskau gebührend gefeiert als „Sieg der sowjetrussischen Friedenspolitik“. Vor zehn Jahren bereits wurde Polen ein derartiger Vertrag angeboten, aber erst jetzt, so sagt man in Rußland, schätze Polen die Lage so ein, daß ein derartiger Vertrag wünschenswert erscheine. Die „Schwächung der internationalen Bourgeoisie (durch die Weltwirtschaftskrise) und die Stärkung der Sowjetmacht (durch deren wirtschaftlichen Aufbau) hätten gleichermaßen zu der jetzigen Entwicklung beigetragen“.

Es ist bezeichnend, daß der Leitartikel des außenpolitischen Regierungsorgans **„Iswestija“** das deutsch-polnische Verhältnis in diesem Zusammenhang nicht erwähnt, während das Organ der Kommunistischen Partei, die **„Prawda“**, folgendes schreibt: „Der Abschluß des Nichtangriffspaktes spiegelt diejenige Verschiebung und Umgruppierung des imperialistischen Lagers wider, welche infolge der Verschärfung der kapitalistischen Gegensätze entstanden sind, also das Versagen des Versailler Systems, den Beginn seines Zerfalls. Im Zusammenhang damit ist eine scharfe Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen festzustellen.“

Wiederholt wird betont,

daß auch der Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffsvertrages nun bevorstehe.

Im System derartiger Verträge fehlt hauptsächlich Japan, das heute kaum erwähnt und sehr schonend behandelt wird. Es bestehen ja Aussichten für einen Pakt um den Kaufpreis der russischen Anerkennung des Mandschureistaates. Dann fehlt noch Rumänien, dessen Weigerung als Symptom dafür ausgelegt wird, daß „Rumänien sich auf einen kapitalistischen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion einstelle“. Die Ratifizierung des russisch-polnischen Vertrages ist daher nach russischer Meinung eine Schlappe Titulescus.

Nichtangriffspakte mit Rußland haben bereits Litauen, Lettland, Estland, Finnland, Türkei, Persien und Afghanistan. Die Verträge mit Deutschland schließen eine Nichtangriffsgarantie ein. Die „Iswestija“ betonen, daß keinerlei Änderung der russischen Außenpolitik erfolgen werde:

„Wir wünschen auf Grund der Befriedigung gegenseitiger Interessen in Frieden mit allen Ländern zu leben, gleichgültig, wie ihr Staatssystem ist, und wir kämpfen nur gegen diejenigen, die einen Krieg gegen uns anzetteln wollen.“

Auch in der Wertung der realen Bedeutung des neuen Vertrages ist bezeichnenderweise die „Prawda“ skeptischer als die „Iswestija“. Die Parteizeitung weist darauf hin, daß die Besetzung der Mandschurei durch Japan trotz dem Bestehen ähnlicher Friedensinstrumente (Kellogg-Pakt) erfolgte. Die „Prawda“ erinnert weiter an den „Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz“. Die „Iswestija“ sagt, die beste Garantie für den Frieden sei die Wachsamkeit der Bauern und Arbeiter der Sowjetunion sowie der Volksmassen des Auslandes und die weitere Stärkung der russischen Wehrhaftigkeit. Diese Faktoren würden dafür sorgen, daß die Nichtangriffspakte nicht ein Vorhang sein würden, hinter dem ganz andere Dinge vorgehen könnten.

Kammerwahlen in Belgien.

Brüssel, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Ergebnisse der Kammerwahlen, soweit sie in der Nacht bekannt geworden sind, zeigen starke Verluste der Liberalen, die wahrscheinlich sechs Sitze verlieren werden. Die Sozialdemokraten gewinnen vier bis fünf Sitze, auch die Katholiken haben einen großen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, besonders in Flandern, wo sie wahrscheinlich ein bis zwei Sitze gewinnen werden. Die Stimmenzahl der Kommunisten hat besonders in Lüttich und in Genf zugenommen. Sie gewannen zwei Sitze. Die flämischen Nationalisten haben zahlreiche Stimmen verloren, nur in Gent und Brügge haben sie noch zugenommen. Sie werden wahrscheinlich einen Sitz verlieren.

Das Ergebnis der Wahlen in den deutschen Kreisen Eupen und Malmedy läßt einen Rückgang der Stimmen der Christlichen Volkspartei und einen starken Gewinn der Katholischen Union erkennen. Erzielt wurde dieses Ergebnis dadurch, daß die Wahlen **unter dem Druck des belgischen katholischen Klerus und unter den Bajonetten der Gendarmerie durchgeführt wurden.**

*

Protest an den Kardinal-Staatssekretär Pacelli.

Unmittelbar vor den Kammerwahlen hatte die (deutsche) Christliche Volkspartei in Eupen-Malmedy-St. Vith an Kardinal-Staatssekretär Pacelli **in Rom ein Telegramm gerichtet. Darin wird** das bekannte politische Schreiben, in dem der belgische Bischof von Lüttich die Unterstützung der (deutschen) Christlichen Volkspartei in Eupen-Malmedy-St. Vith bei den Wahlen verboten hatte, als **unzulässiger Eingriff in die Rechte der deutschen Katholiken** bezeichnet. Der Kardinal-Staatssekretär wird gebeten, im Interesse der Religion und der Menschenrechte die Rücknahme des bischöflichen Schreibens veranlassen zu wollen. Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut:

Für die belgischen Wahlen am 27. November stellt sich die Lage Eupen-Malmedys so dar, daß die Katholische Partei Belgiens die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts verweigert, während die Sozialistische Partei für dasselbe eintritt. Die Katholische Partei betreibt im Verein mit den Liberalen eine Politik der Aufrüstung unter „Befestigung“ des Heimatbodens, was von der Bevölkerung nachdrücklich abgelehnt wird. Im Frühjahr 1929 wurde die Christliche Volkspartei zum Schutz von Religion und Heimat gegründet, um das Abgleiten der katholischen Bevölkerung in das religionsfeindliche Lager zu verhindern. Der hochwürdigste Herr Bischof von Lüttich befahl im gegenwärtigen Wahlkampf der Geistlichkeit in Eupen-Malmedy-St. Vith sub gravi von der Kanzel ein Schreiben ohne Kommentar zu verlesen, das den Gläubigen im Gewissen verbietet, die Christliche Volkspartei zu wählen oder dieselbe zu unterstützen. Das inzwischen verlesene bischöfliche Schreiben ist von der Gegenseite vervielfältigt und als Flugblatt verbreitet worden. Das sind erschütternde Vorgänge, die die gläubige Bevölkerung beunruhigen, um so mehr, als Führer und Kandidaten der Christlichen Volkspartei erprobte Katholiken sind. Wir müssen leider das bischöfliche Schreiben als unzulässigen Eingriff betrachten. Unter Versicherung unserer katholischen Überzeugungstreue und unserer kindlichen Ergebenheit gegenüber dem Heiligen Stuhl, dem höchsten Anwalt des Rechts und Hort der Bedrängten, wenden wir uns vertrauensvoll an Eure Eminenz mit der Bitte, im Interesse von Religion und Menschenrechten die Rücknahme des bischöflichen Schreibens gütigst veranlassen zu wollen.

Der Vorstand der Christlichen Volkspartei Eupen-Malmedy-St. Vith:

Vanderheyden, Dehottay, Gierets, Dr. Graf, Dr. Menderscheid.

Die Vorschläge Norman Davis

für die Abrüstungs-Konferenz

Paris, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Norman Davis wird Paris voraussichtlich im Laufe des Dienstag verlassen. Pertinax faßt im **„Echo de Paris“** die von dem amerikanischen Hauptvertreter auf der Abrüstungs-Konferenz gemachten Vorschläge in folgende fünf Punkte zusammen:

1. **Zuerkennung der Gleichberechtigung an Deutschland.**
2. **Diese Gleichberechtigung (die durch die Abrüstung der anderen Länder und nicht durch die Aufrüstung Deutschlands erzielt werden soll) soll etappenweise durchgeführt werden, um die Möglichkeit der Durchführung gewisser Sicherheits-Garantien zu geben. Aus dem französischen Plan wird die Ersetzung der Reichswehr durch eine Miliz besonders begrüßt, während man die anderen Vorschläge für mehr oder weniger geeignet betrachtet.**
3. **Das vom allgemeinen Abrüstungsausschuß vom 23. 7. angenommene Abrüstungs-Programm soll sofort durchgeführt werden.**
4. **Das französisch-amerikanisch-englisch-italienische Abkommen soll bei den oben angeführten Punkten eine gewisse Rolle spielen, um Deutschland vor die Entscheidung zu stellen, ja oder nein zu sagen und um für Frankreich die Gefahr einer Isolierung auszuschließen.**
5. **Abschluß eines italienisch-französischen Flotten-Abkommens.**

Der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“ fügt hinzu, daß Herriot kaum den von Davis vorgeschlagenen Weg benutzen werde, da die Garantien, die man geben könnte, durch die Haltung Hoovers in der Schuldenfrage einen schweren Schlag erlitten hätten.

Amerika und der Lytton-Bericht.

Washington, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Hohe Beamte des Staatsdepartements haben erklärt, daß **die Amerikanische Regierung an der Genfer Aussprache über den Lytton-Bericht nicht teilnehmen werde,** weil der Lytton-Ausschuß eine reine Völkerbund-Angelegenheit sei. Auch der amerikanische General Frank Mc. Coy sei beurlaubt gewesen und habe nur als Privatmann dem Ausschuß angehört. **Die Amerikanische Regierung werde möglicherweise an späteren Verhandlungen über den Kellogg-Pakt, den Neun-Mächte-Vertrag oder über einen einzusetzenden Schlichtungs-Ausschuß teilnehmen.**

Das Staatsdepartement hat bisher keine Einladung zur Teilnahme an den Genfer Verhandlungen erhalten.

Deutsches Reich.

Neues Segelschulschiff.

Für den Bau eines neuen Segelschulschiffes hat der Chef der Marineleitung inzwischen Angebote angefordert. Es steht fest, daß das neue Schulschiff nicht wieder den Namen „Niobe“ erhalten wird. Der Name des neuen Schiffes wird vom Reichspräsidenten bestimmt und, altem Brauch entsprechend, erst beim Stapellauf bekanntgegeben.

Oberpräsident von Bülow tritt in den Ruhestand.

Der bisherige Oberpräsident der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen von Bülow tritt mit dem 1. April 1933, nachdem er das 65. Lebensjahr erreicht hat, in den Ruhestand. **Wie verlautet, soll er die Absicht haben, bereits am 1. Januar 1933 das Amt zu verlassen. Als sein** Nachfolger wird der gegenwärtige Landrat des Kreises Meseritz, von Meibom, genannt. Oberpräsident von Bülow war der letzte preußische Regierungspräsident in Bromberg. Nach der Übernahme des Preußischen Teilgebiets durch die polnischen Behörden **wurde er nach Schneidemühl versetzt.**

Mache mich selig, o Jesu!

In den blauenden Morgen hinein,
In des Mittags blauenden Schein,
In die traumvoll sinkende Nacht
Streck' ich die Hand, bis Alles vollbracht:
Mache mich selig, o Jesu!

Über des Frühlings sprossendes Grün,
Über der Rosen sommerlich Blühn,
Über die herbstliche Stoppelflur
Streck' ich die Hand und bitte nur:
Mache mich selig, o Jesu!

Über die Wiege der Kinder mein,
Über der Schlummernden Totengebein,
Über die Pracht der Reiche der Welt
Streck' ich die Hand, bis Alles zerfällt:
Mache mich selig, o Jesu!

Rudolf Kögel
geb. am 18. Februar 1829 in Birnbaum, war 1854 bis 1857 Pfarrer in Nakel und starb am 2. Juli 1896 in Berlin als Oberhofprediger und Generalsuperintendent der Kurmark.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 29. November.

Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei leichten Niederschlägen mit auffrischenden westlichen Winden an.

Die kommende Landessynode.

Für die nächste Tagung der ordentlichen Landessynode der unierten evangelischen Kirche in Polen ist die Zeit vom 24.—27. Januar 1933 in Aussicht genommen. Die ordentliche Landessynode ist zu unterscheiden von der verfassungsgebenden Kirchenversammlung (außerordentlichen Synode), die im November 1928 und im März 1929 zusammentrat und auf Veranlassung der Staatsbehörden sich ausschließlich mit den Beratungen der neuen Kirchenverfassung beschäftigt hat. Die 3. Lesung der beschlossenen Kirchenverfassung und die endgültige Annahme konnte damals nicht mehr erfolgen, weil die Staatsregierung ihre Wünsche, im besonderen auch über das Verhältnis von Kirche und Staat, noch nicht formuliert und auch bis heute nicht vorgelegt hat. Die letzte ordentliche Landessynode tagte im Januar 1930. Auf Grund der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873, die in Preußen bereits durch eine neue Kirchenverfassung ersetzt ist, in dem früher preußischen Teilgebiet Polens, also sowohl in Ostoberschlesien als auch in Posen und Pommerellen noch in Geltung ist, hat die Landessynode alle drei Jahre zu tagen, so daß der Zusammentritt im Jahre 1933 gesetzlich vorgeschrieben ist.

Die Landessynode ist die höchste kirchliche Instanz der unierten evangelischen Kirche in Polen. Sie hat über die laufenden Angelegenheiten der kirchlichen Verwaltung, soweit sie von größerer Wichtigkeit für das ganze Kirchengebiet sind, zu beschließen und über sonstige Angelegenheiten der Gesamtkirche zu verhandeln. Die nächste Landessynode wird sich im besonderen mit den internationalen kirchlichen Beziehungen der unierten evangelischen Kirche in Polen zu beschäftigen haben, also mit der Stellung zu den internationalen kirchlichen Konferenzen von Stockholm, Lausanne usw., aber auch mit den Angelegenheiten des Rates der Evangelischen Kirchen in Polen. Im eigenen Kirchengebiet wird über die Lage der Anstalten der Inneren Mission, im besonderen der Posener Diakonissenanstalt zu verhandeln sein, sowie auch über Aufgaben der religiösen Jugenderziehung, die Abhaltung des Kindergottesdienstes und des Konfirmandenunterrichtes und auch der allgemeinen evangelischen Jugendpflege. Im einzelnen kommt eine Heraufsetzung des Konfirmandenalters in Frage. Außerdem wird auch sonst über das innere Leben der Kirchengemeinden verhandelt werden, das unter dem Druck der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse und eines kirchenfeindlichen Zeitgeistes von außen her manchen Gefahren ausgesetzt ist. Die einzelnen Vorlagen für die Landessynode liegen noch nicht vor, sondern werden noch von dem Evangelischen Konsistorium und dem Landessynodalvorstand vorbereitet. pz.

Wunschzettel.

Nun liegen sie wieder am Abend auf der Fensterbank, die Wunschzettel der kleinen Leute. Die Mutter holt sie herein. Ein Jubelschrei am nächsten Morgen. Der Zettel ist weg, das Christkind oder der Weihnachtsmann hat ihn geholt!

Was solch ein Junge oder Mädchen sich nicht alles wünscht: Bücher, Soldaten, Puppen, Eisenbahnen, Baukästen, Autos und noch vieles andere mehr.

Ein Hündchen hat sich einmal ein Kind aus meiner Nachbarschaft gewünscht und ermunternd hinzugefügt: „Auch wenn es nur ein ganz kleines ist". Und ein Bub hat stolz und fest auf den Zettel geschrieben: „Ich wünsche mir nur ein paar Hausschlüssel".

Kinderwünsche! Sie sind ungehemmt oft von den Rücksichten auf den elterlichen Geldbeutel. Zuweilen sind sie aber auch bescheidener, als wir ahnen: Eine bunte Kugel, die vielleicht 5 Pfennige kostet, hat sich ein Junge gewünscht, dessen Eltern reich, ja sogar sehr reich sind. Sie haben sie ihm nicht geschenkt. Sie haben ihm die Miniaturausgabe einer Fabrik auf den Weihnachtstisch gestellt, von A bis Z naturgetreu, mit elektrischer Beleuchtung und Dampfmaschine. Und das Kind stand davor, erschrocken, und dann weinte es: „Aber ich wollte doch eine schöne, bunte Kugel, wie Nachbars Fritz sie hat . . ." Die Eltern standen sprachlos.

Ja, Kinderwünsche sind nicht nur eine Sache des Geldes, **sondern hängen vor allem mit dem Empfinden,** mit dem Herzen zusammen. Merkt es euch, ihr Mütter und Väter, wenn jetzt die kleinen, sorgsam geschriebenen Zettel auf den Fensterbänken liegen, die Wunschzettel eurer Kinder.

§ **Auf ihr 70jähriges Bestehen** kann die Bürstenfabrik G. A. Mayhold, Groß Bartelsee, zurückblicken. Die Firma wurde am 29. November 1862 gegründet.

§ **Die Weihnachtsbäume kommen.** Auch in Polen hat sich in den letzten Jahren der schöne Brauch, am Christfest einen Baum zu schmücken, immer mehr durchgesetzt, so daß nicht nur die deutschen Häuser in Polen sich an dem duftenden Tannengrün freuen. Polen hat selbst genug Wald, um alle Wünsche nach hohen und schlanken Tannen und kleinen lustigen Bäumchen befriedigen zu können. Andere Länder sind nicht so gut daran, so daß viele Auslandsdeutsche ihren Christbaum weiterhin aus der deutschen Heimat beziehen müssen. Im Harz und im Thüringer Wald werden jetzt die Christbäume geschlagen, die ersten Ladungen sind bereits unterwegs. Sie gehen nach Hamburg und Bremen, um noch rechtzeitig nach Übersee verfrachtet werden zu können und dann draußen in der Fremde Weihnachtsfreude verbreiten zu helfen. Nach Nord- und Südamerika, nach Kapstadt, aber auch nach Indien und Australien fahren deutsche Tannen und bringen deutscher Sehnsucht einen frischen lebendigen Gruß aus der Heimat. Nun kommen die Bäume auch bald zu uns in die Städte und auf den Markt. Schon vorher finden kleine Bäumchen und Tannenzweige, die das Haus adventlich schmücken, den Weg in die Häuser. Sie bereiten dem Christbaum den Weg, aber nicht dem Baum allein, sondern dem Christfest, das seinen Einzug halten will in die Herzen.

§ **Wieviel Zeitschriften gibt es in Polen?** In Polen sind im vergangenen Jahre 2406 Zeitschriften erschienen, davon 210 täglich, 494 wöchentlich, 878 monatlich. Wenn man von der Hauptstadt Warschau absieht, erscheinen die meisten Zeitschriften in der Wojewodschaft Posen. In deutscher Sprache sind 106 Zeitschriften erschienen: 1 in Warschau, 13 in Lodz, 39 in Posen, 37 in Schlesien, 11 in Pommerellen, 3 in Lemberg, 1 in Stanislau und 1 in Wolhynien.

§ **Der Flugverkehr im Oktober.** Im Laufe des Monats Oktober sind die Fluglinien Wilna—Riga—Reval und Bukarest—Sofia—Saloniki bis zum Frühjahr außer Verkehr gesetzt. Außerdem verkehrten die Flugzeuge auf allen Strecken nur dreimal wöchentlich. Trotz dieser Einschränkung des Verkehrs hat die Frequenz nicht nachgelassen. Im Oktober haben die Flugzeuge der Fluggesellschaft „Lot" 320 Flüge zurückgelegt und 715 Passagiere, gegen 27 000 Kilogramm Gepäck und Waren, 1000 Kilogramm Zeitungen befördert.

§ **Einen schweren Unfall** erlitt der 42jährige Bufettier Leo Saß, Friedrichstraße (Dluga) 42. Als er heute Morgen das Lokal von Twardowski verließ, stürzte er die letzten zur Straße führenden Stufen hinab, so daß er besinnungslos liegen blieb. Man schaffte ihn in das Städtische Krankenhaus, wo ein Schädelbruch festgestellt wurde. Der Zustand des Verletzten, der die Besinnung noch nicht wiedererlangt hat, ist bedenklich.

§ **Wegen Betruges** hatten sich der 31jährige Kaufmann Ludwig Kamiszek, sowie der 27jährige Kaufmann Josef Kołodziejczak, beide von hier, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Am 11. August 1931 entnahmen die Angeklagten bei der Firma B. Kentzer Waren im Werte von 225 Złoty auf Kredit. Sie machten über ihren Vermögensstand falsche Angaben und gaben sich bei der genannten Firma als Kaufleute aus, die in der Podgórna 2 ein Kolonialwarengeschäft besitzen. In Wirklichkeit waren sie weder Kaufleute, noch besaßen sie ein eigenes Geschäft. Die Waren verkauften sie dann anderweitig, ohne ihren Verpflichtungen Kentzer gegenüber nachzukommen. Kamiszek ist außerdem wegen Wechselfälschung angeklagt. Am 17. August d. J. stellte er einen Wechsel über 2000 Zł. aus, den er mit der Unterschrift eines Propstes F. Cacha versah. Mit diesem gefälschten Wechsel eröffnete er bei einer hiesigen Bank ein Scheckkonto. Auf Grund dieses Bankkontos stellte er fleißig Schecks aus und schädigte eine Reihe von Firmen, indem er für entnommene Waren und verzehrte Getränke Schecks in Zahlung gab, die keine Deckung hatten. Außerdem fälschte er einen Wechsel mit der Unterschrift seines Vaters Stanisław über 120 Złoty und händigte diesen für entnommene Waren einer weiteren Firma ein. Der Mitangeklagte Kołodziejczak schädigte in derselben Weise einen Kaufmann. Er gab sich dem Genannten als Kaufmann aus und stellte ihm für gelieferte Waren einen Wechsel auf die Firma „Towary kolonjalne" Josef Kołodziejczak Poznań über 140 Złoty aus. Die Waren verkaufte er weiter, an die Einlösung des Wechsels dachte er jedoch nicht. Die Angeklagten bekennen sich zur Schuld. Kamiszek wurde zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon fünf Monate unter Amnestie fallen. Kołodziejczak ging auf Grund der Amnestie straffrei aus.

§ **Fahrraddiebstähle ohne Ende.** Hermann Tetzlaff meldete der Polizei, daß ein unbekannter Dieb ihm vom Hofe des Hauses Hermann-Franke-Straße 5 ein Fahrrad gestohlen habe. Es handelt sich um ein Rad der Marke „Brennabor" mit der Reg.-Nr. 3793 Bromberg-Kreis. — Vor dem Magistratsgebäude hatte Walentyn Michala sein Fahrrad Marke „Ideal" stehen gelassen. Es wurde ihm in einem unbewachten Augenblick entwendet. — Das gleiche Schicksal wiederfuhr dem Unteroffizier Wawrzyn Pawlowski, dem ein Dieb ein Fahrrad Marke „Tornedo" entwendete, das vor der Bären-Apotheke stand. — Vor dem Gerichtsgebäude stahl man Anton Wroblewski ein Fahrrad im Werte von 150 Złoty, vor dem Postgebäude Edmund Małkowski ein Fahrrad im Werte von 80 Złoty, vor dem Krankenkassengebäude Bernard Rydzewski ein solches im Werte von 200 Złoty.

s **Aus dem Landkreise Bromberg**, 27. November. Eingebrochen wurde bei der Besitzerfrau A. Kaczmarek in Murucin, man stahl einen Sack Roggen. Dem Ansiedler in Lukówiec stahl man mehrere Mastgänse aus dem verschlossenen Stalle. Desgleichen wurde bei dem Lehrer in Hohenwalde eingebrochen und dort Wäsche, eine Geige und ein Fahrrad gestohlen.

□ **Crone** (Koronowo), 27. November. Kürzlich wurden dem Besitzer Richard Winter in Althof (Stary-dwór) 4 Enten aus dem Stalle gestohlen.

ex **Exin** (Kcynia), 28. November. Bei dem Sattler Ronka drangen Diebe ein und entwendeten einen kurzen Herrenpelz, zwei Damenmäntel, Hüte und eine große Anzahl Wäschestücke. Die Diebe gingen erst auf den Hof, warfen einen Korb über die Hundebude, damit der Hund sie nicht verraten sollte. Dann nahmen sie eine Fensterscheibe heraus und gelangten so in das Innere des Hauses. Von den Dieben fehlt jede Spur. — Im Zuge Wongrowitz—Exin bemerkte ein Fahrgast, der eine ermäßigte Fahrkarte hatte, als der Schaffner die Fahrkarten kontrollierte, daß ihm die Brieftasche mit den Ausweispapieren sowie 500 Złoty Bargeld fehlten. Sofort unternommene Versuche, den Täter zu fassen, blieben ohne Erfolg. — In Czerlin wurde der Nachtwächter des Gutes mit gebundenen Händen und Füßen aufgefunden. Nähere Untersuchungen haben ergeben, daß Diebe erst den Wächter überfallen und gefesselt haben, worauf sie sich in den Pferdestall begaben und dort zwei Pferde holten, mit denen sie unerkannt entkamen.

q **Gnesen** (Gniezno), 28. November. Gestohlen wurde aus der Wohnung des Herrn Heimke ein photographischer Apparat im Werte von 200 Złoty. — Ferner wurde dem Bäckerlehrling Swieczow vom Hofe sein Fahrrad gestohlen. — Der Autobus der Strecke Gnesen—Tremessen wurde abends auf der Tremessenerstraße von halbwüchsigen Jungen in Gnesen mit Steinen beworfen. Es wurden mehrere Scheiben zerschlagen und einige Fahrgäste verletzt.

z **Inowrocław**, 28. November. Diebe drangen in einer der letzten Nächte in den Keller der hiesigen evangelischen Kirche und entwendeten daraus einige 10 Zentner Kohlen. Desgleichen verschafften sich wahrscheinlich dieselben Diebe Eingang in den alten jüdischen Kirchhof in der ul. Staszyca und stahlen dort eiserne Gedenktafeln, Kreuze und Grabschmuck. Jetzt gelang es der Polizei, die Täter zu ermitteln und festzunehmen. Sie wurden in das hiesige Untersuchungsgefängnis gebracht. — Ende vergangener Woche stiegen nachts unbekannte Diebe nach Herausnahme einer Fensterscheibe auf den Boden der Wohnung des Propstes Pomianowski in Tuczno hiesigen Kreises ein und gelangten von dort in das Zimmer der Schwester des Propstes, wo sie eine größere Menge Garderobe und andere Wertsachen im Betrage von 1200 Złoty mitgehen ließen.

es **Mrotschen** (Mrocza), 28. November. **In den Bahnhofsspeicher** drangen Einbrecher **ein und entwendeten mehrere Ballen Stoffe und Wollwaren, welche der Firma M. Schutza in Mrotschen gehörten. — In der vergangenen Nacht drangen Diebe vom Nachbargrundstück aus in den Laden des Kaufmanns W. Melin. Sie stahlen eine Menge Tabakwaren, Alkohol, 50 Złoty Kleingeld und ein Glasschränkchen mit Schokoladen.**

♣ **Posen** (Poznań), 28. November. Die aus Sparsamkeitsgründen seit etlichen Monaten vorgenommene erhebliche Reduzierung der Straßenpolizei auf ein unerhebliches Minimum hat eine sich immer mehr bemerkbar machende Zunahme der öffentlichen Unsicherheit im Gefolge gehabt. Frauen und Mädchen werden mit Einbruch der Dunkelheit selbst in den verkehrsreichen Straßen von arbeitslosen Jugendlichen angepöbelt und belästigt, ohne daß sie die Möglichkeit haben, bei Schutzmannsposten Hilfe zu erbitten. In der vergangenen Woche wurde in der fr. Schuhmacherstraße einer verheirateten Dame am hellen Tage von einem besser gekleideten Manne eine Handtasche mit Geld und mehreren Schlüsseln entrissen. Der Handtaschenräuber entkam unerkannt. — Einbrecher statteten Sonnabend abend der Wohnung des Fleischermeisters Gilwatowski, fr. Glogauerstraße 45, während die Fleischerfamilie im darunter belegenen Laden beschäftigt war, einen unerwünschten Besuch ab und stahlen außer einer größeren Geldsumme Wertsachen in Gold und Silber, Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von mehreren hundert Złoty. — Im Fleischergeschäft von Jdz. Piskorski, fr. Bahnstraße 47, unternahm in der Geschäftszeit eine Einbrecherbande auf die allein im Geschäft anwesende Fleischermeistersfrau einen regelrechten Angriff. Während zwei Frauen angeblich Ware aussuchten, drangen zwei junge Burschen durch eine Tür vom Hausflur aus in den Laden ein und versuchten, die Ladenkasse zu stehlen. In demselben Augenblick betraten mehrere Kunden den Laden, und nun suchte die Bande, zu der auch die beiden Frauen gehörten, schleunigst das Weite. — Vergeblich sich bemüht haben Einbrecher infolge ihrer eigenen Ungeschicklichkeit im Hause fr. Buddestraße 13. Sie machten sich an der Korridortür im Erdgeschoß zu schaffen und hatten auch schon die Tür geöffnet, als ihnen ihr Diebeswerkszeug, bestehend aus Dietrichen usw., entfiel. Der Wohnungsinhaber mit seinem Aftermieter schossen in der Dunkelheit hinter den Verbrechern her, ohne sie zu verletzen. — Die Waldarbeiter Wilhelm Ostrychacz und Jan Podsiadły aus Pławisk, Kreis Birnbaum, die im Sommer 1929 einen anderen Waldarbeiter Anton Kuleta erschlagen und ihm 500 Złoty geraubt hatten, sind jetzt vom hiesigen Appellationsgericht, an das die Sache zurückverwiesen worden war, zum zweiten Male zum Tode durch den Strang und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. — Aus unbekannter Ursache unternahm die 26 Jahre alte Petronella Grzeskowiak in ihrer Wohnung, Weidental 18, einen Vergiftungsversuch und wurde in hoffnungslosem Zustande in das Stadtkrankenhaus geschafft. — Im Hause Neue Gartenstraße 52 stürzte die 88 Jahre alte Witwe Anastasia Dullm aus der fr. Nollendorfstraße 36 die Treppe hinab und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung in das Stadtkrankenhaus starb. — Wegen Veranstaltung von Hasardspielen wurde der Fischerei 26 wohnhafte Ludwig Mańczak festgenommen.

Ⓦ **Pudewitz** (Pobiedciska), 24. November. Infolge Motordefekts landete gestern nachmittag ein Militärflugzeug in Biskupitz, das sich auf einem Fluge von Bromberg nach Posen befunden hatte.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 29. November 1932.

Krakau — 2,92, Zawichost + 0,84, Warschau + 0,79, Płock + —, Thorn + 0,55, Fordon + 0,56, Culm + 0,43, Graudenz + 0,60, Kurzebrak + 0,86, Piekel + 0,08, Dirschau — 0,03, Einlage + 2,38, Schiewenhorst + 2,54.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. ~~274~~ 275

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 275.

Bromberg, Mittwoch den 30. November 1932.

Pommerellen.

29. November.

Graudenz (Grudziądz).

× **Steuerlisten-Auslegung.** Die namentliche Liste der Einkommensteuerpflichtigen für das Jahr 1932, die auf Grund des Artikels 66 des Gesetzes über die staatliche Einkommensteuer hergestellt worden ist, liegt, wie der Magistrat (Steuerabteilung) bekanntgibt, für den Zeitraum von 4 Wochen im Rathause, Zimmer 310, während der Stunden von 10—13 Uhr zur Einsicht der Interessenten aus. *

× **Einverleibung des Amtsbezirks Graudenz-Festung in die Stadt Graudenz.** Der Stadtpräsident macht bekannt: Auf Grund der Verordnung des Ministerrats vom 7. Oktober 1932 ist der Amtsbezirk Grudziądz-Forteca im Kreise Graudenz aufgehoben und sein Territorium der Stadtgemeinde Graudenz zugefügt worden. Die amtliche Übernahme hat bereits stattgefunden. Daher müssen sich die Bewohner des Amtsbezirks „Grudziądz-Forteca" in allen amtlichen Angelegenheiten an die in der Stadt Graudenz amtierenden zuständigen Organe wenden. *

× **Das 2. Skat-Turnier** fand am Sonnabend abend in der Loge statt. Es nahmen daran 30 Personen teil, von denen folgende zehn Herren Sieger wurden: Krumm, Malinowski, R. Gramberg, Nieboldt, Gerlich, Dobrochowski, Ehrlich, French, Wodzak und Duday. Die Höchstzahl an Punkten bei diesen war 994, die niedrigste 663. *

× **In Sachen der Schlichtungskommissionen für die Kreditangelegenheiten der Kleingrundbesitzer** gibt das Starostwo des Landkreises Graudenz bekannt was folgt: Einem Antrage um Hinausschiebung bzw. Ratenzerlegung von Schulden usw. müssen Abschriften dieses Antrages in soviel Exemplaren beigefügt werden, als Gläubiger vorhanden sind. *

× **Telephonverbindung nur nach Angabe der Nummer.** Vom Telegraphen- und Telephonamt wird darauf verwiesen, daß sich in letzter Zeit mehr nud mehr eine unzulässige Gewohnheit eingebürgert hat. Man verlangt einfach den Herrn X, das Restaurant Y, oder ein x-beliebiges Institut, eine Firma, eine Redaktion usw. Deshalb macht das Amt darauf aufmerksam, daß die Telephonistinnen nicht verpflichtet sind, die Nummern aller Telephonabonnenten aus dem Gedächtnis zu wissen. Im Telephonamt funktioniert ständig eine Informationsabteilung (Oddział Informacji), Telephon 765, das den Abonnenten alle notwendigen Auskünfte erteilt. Außerdem liegt es im Interesse der Telephoninhaber, eine schnelle und richtige Verbindung zu bekommen. Die eingangs bemängelte Art des Anrufens erzeugt jedoch Schwierigkeiten und stört die normale Abwicklung des Fernsprechverkehrs, weil die bedienende Beamtin öfters gezwungen ist, sich an die Informationsabteilung um Angabe der betreffenden Nummern zu wenden. Aus diesen Gründen werden in Zukunft alle Anrufe um telephonische Verbindung, die ohne Ansage der Nummern geschehen, ohne Berücksichtigung bleiben. *

× **Erheblich geschädigt** wurde Marja Garstecka, Mühlenstraße (Młyńska) 4, durch nächtliche Einbrecher, die Anzüge, Wäsche, ein silbernes Zigarettenetui usw. im Gesamtwerte von 1000 Złoty aus der Wohnung stahlen. — Einen größeren Einbruch vollführten Spitzbuben auch in der Restauration von Cecylja Słomska, woselbst 15 Flaschen Schnaps, Zigaretten, Schokolade usw. im Werte von 500 Zł. erbeutet wurden. *

× **Ihrer Fahrräder beraubt** wurden am letzten Sonntag Roman Wiśniewski aus Cieszyny, Kreis Strasburg, sowie Apolinary Gąsowski, Lindenstraße (Lipowa) 68. Die Räder hatten einen Wert von 100 bzw. 370 Złoty. *

× **Wegen Raubanfalles festgenommen** wurde laut letztem Polizeibericht ein Mann, ferner arretiert drei Diebe und zwei Betrunkene. *

Thorn (Toruń).

v **Bekanntmachung.** Laut Bekanntmachung der hiesigen Kreisstarostei ist mit dem 22. d. M. die Chaussee Thorn—Fordon—Bromberg für den Fuhrwerksverkehr wieder freigegeben worden. **

v **Öffentliche Ausschreibung.** Der Zakład Ubezpieczeń Pracowników Umysłowych in Posen, ul. Dąbrowskiego 12, hat nachstehende Arbeiten beim Bau der Wohnhäuser in Thorn ausgeschrieben: 1. Töpfer-, 2. Glaser-, 3. Malerarbeiten, 4. Installation der elektrischen Lichtleitung, 5. Kanal- und Wasserleitungs-Installation, 6. Geländearbeiten. Nähere Informationen erteilt die Bauabteilung des Z. U. P. U. in Posen, daselbst sind auch die Offertunterlagen, Zeichnungen usw. erhältlich bzw. einzusehen. Das Recht der freien Auswahl der Bewerber, der Nichtberücksichtigung aller Offerten oder einer eventl. Ungültigkeitserklärung bleibt vorbehalten. **

v **Die neuen Schlachtgebühren.** Nach dem von den städtischen Körperschaften am 9. d. M. beschlossenen neuen Statut für die Schlacht- und Untersuchungsgebühren im städtischen Schlachthause ist den hiesigen Fleischern der Verkauf von Fleisch, das aus Schlachtungen herrührt, die in Orten, die im Umkreis von 100 Kilometern von Thorn belegen sind, vorgenommen wurden, verboten. Das von außerhalb dieser Zone herangeschaffte Fleisch muß an den Verkaufsstätten mit der Aufschrift „Mięso pozamiejscowe" gekennzeichnet werden. — Für die Benutzung des Schlachthauses und für die Untersuchung des Schlachtviehs wurden folgende Gebühren beschlossen (die eingeklammerten Zahlen gelten für die Untersuchung): Pferde 5,00 (4,00); Hornvieh über 150 Kilo Lebendgewicht 7,50 (4,00); Jungvieh bis 150 Kilo Lebendgewicht 4,50 (2,00); Kälber 2,25 (1,00); Schafe 2,25 (1,00); Ziegen 2,25 (1,00); Schweine 5,00 (1,00) Złoty. **

v **Einführung von Monatskarten bei der Straßenbahn.** Die Städtische Straßenbahndirektion in Thorn gibt bekannt, daß mit dem 1. Dezember d. J. sämtliche Straßenbahnhaltestellen in Bedarfshaltestellen umgewandelt werden. Im Zusammenhang hiermit werden die Passagiere ersucht, sofern sie an der nächsten Haltestelle auszusteigen beabsichtigen, dies dem Schaffner durch Klingelzeichen bekanntzugeben, oder sich kurz vor der Haltestelle von ihren Sitzen zu erheben. Das einsteigende Publikum gruppiert sich an den Tafeln der Haltestellen und gibt dem Wagenführer durch Erheben der Hand ein Zeichen, daß es einzusteigen wünscht. — Mit dem gleichen Termin werden verbilligte Monatskarten ausgegeben werden, die zu täglich zwei Fahrten berechtigen. Der Preis für diese Monatskarten (62 bzw. 60 Fahrten) beträgt: für Erwachsene 9 Złoty, für Jugendliche 5 Złoty. Die Monatskarten sind bei den Schaffnern erhältlich und haben für die Dauer eines Monats (vom Kauftage an gerechnet) Gültigkeit. — Der Preis der bisherigen Abonnementskarten für 10 Fahrten wird 2 Złoty betragen, der Preis der Schülerkarten für 20 Fahrten 3 Złoty. **

‡ **Das Großfeuer im Sägewerk von Skowronnek,** das Sonnabend vormittag wütete, ist nach dem Ergebnis der bisherigen polizeilichen Recherchen anscheinend auf einen fehlerhaften Schornstein zurückzuführen. Vollständig verbrannt sind die Bureau-Räumlichkeiten sowie die Lager landwirtschaftlicher Maschinen und verschiedener Baugeräte, ferner das Wagenhaus nebst Häcksellager. Die Feuerwehren konnten kurz nach der Mittagsstunde abrücken. Der Schaden wird mit etwa 24 000 Złoty angegeben. Die Versicherung bei dem Poznańsko-Warszawskie Towarzystwo Ubezpieczeń in Posen lautet über 2680 Dollar. **

‡ **In die Weichsel gestürzt.** Als Montag vormittag ein auf der Weichsel befindlicher Dampfer ein Signal aus seiner Dampfpfeife ertönen ließ, scheute das Pferd eines einspännigen Rollwagens und galoppierte mit dem Wagen in den Strom hinein. Einige Arbeiter machten sich sofort an die Rettung, konnten jedoch allein nichts ausrichten und sahen sich genötigt, die Feuerwehr zu benachrichtigen. Diese traf schnellstens ein und mit ihrer Hilfe gelang es, Pferd und Wagen aus dem nassen Element herauszuholen. Das Pferd hat bei dieser Exkursion einige Hautabschürfungen erlitten, fühlte sich aber auf dem Erdboden trotz des kalten Bades ganz wohl. **

‡ **Zusammenstoß.** Auf der Chaussee nach Lissomitz (Lysomice) stieß Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr das von Jan Kołowjew gesteuerte Militärauto Nr. 9079 mit dem Einspännerfuhrwerk des Stanislaw Kozłowski aus Rudak hiesigen Kreises zusammen. Dabei wurde das Pferd leicht verletzt und ein Kotflügel des Kraftwagens beschädigt. Zwecks Klärung der Schuldfrage ist eine Untersuchung im Gange. **

‡ **Eine Schreibmaschine gefunden!** Der Arbeiter Ludwig Grabowski, Leibitscherstraße (ul. Lubicka) 44, fand Sonnabend mittag am rechten Weichselufer eine Schreibmaschine und lieferte diese auf dem 2. Polizeikommissariat ab. Die Polizei konnte feststellen, daß die Maschine am 11. d. M. von Alojzy Raflewski dort „deponiert" war. R. wurde hier wegen verschiedener in Graudenz verübter Diebereien verhaftet. Die Schreibmaschine, die anscheinend auch gestohlen ist, befindet sich jetzt bei der Kriminalpolizei. **

‡ **Der Polizeibericht** vom Sonnabend und Sonntag ist wieder einmal sehr umfangreich. Er führt auf: drei kleine Diebstähle, drei Betrügereien, neun Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, zwei Zuwiderhandlungen gegen handels-administrative Bestimmungen und drei Verstöße gegen die Meldeordnung. — Konstancja Rozenberg, wohnhaft in der Poniatowski-Kaserne, zeigte den Verlust eines Koffers mit Inhalt und eines Sweaters an. — Ein aus dem Erziehungshaus in Konitz entflohener Zögling wurde hier aufgegriffen und zurücktransportiert. Wegen Diebstahls bzw. Hehlerei wurden zwei Personen verhaftet. **

*

v. **Podgorz,** bei Thorn, 28. November. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Bericht über die erfolgte Kassenprüfung der Stadtsparkasse für Monat Oktober entgegengenommen. Anstelle des verstorbenen Herrn Chronowski wurde Herr Maksymiljan Noga als Magistratsmitglied gewählt. Der Vorlage betr. Einführung einer Fenstersteuer, die monatlich insgesamt ca. 300 Złoty bringen soll, wurde nicht zugestimmt. Der Kommunalzuschlag zu der Einkommen- und Umsatzsteuer, zu den Handelspatenten sowie zur Grund- und Gebäudesteuer wurde im Sinne des Gesetzes und der Magistratsvorlage beschlossen. Für die Deckung der städtischen Wechselverbindlichkeiten wurden weitere 6000 Złoty bewilligt. Der Antrag auf Vertagung der Beratungen über das Schulbudget für das Jahr 1933/34 wurde angenommen. Das Rundschreiben des Pommerellischen Wojewoden bezüglich des Schutzes der Eisenbahnanlagen vor Schneeverwehungen wurde zur Kenntnis genommen. Zuletzt wurde noch der Ankauf von Boden an der ul. Mickiewicza zum Bau von Wohnhäusern beschlossen. **

---

m **Dirschau** (Tczew), 28. November. Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete einen Mann namens Ksawery Warecki, der aus dem Warschauer Untersuchungsgefängnis entflohen ist. — Bis Sonnabend, 3. Dezember d. J. ist des Nachts die „Adler-Apotheke", am Alten Markt gelegen, geöffnet. — Der letzte Wochenmarkt war sehr gut beschickt, der Besuch ließ jedoch, wie üblich, am Monatsende etwas mehr zu wünschen übrig. Butter kostete 1,70—1,90, Eier die Mandel 2,50—2,60, Gänse das Pfund 0,75, Enten 0,90.

h **Goßlershausen** (Jabłonowo), 28. November. Die hiesige Gemeinde bemüht sich um die Verleihung der Rechte einer Stadt. In der vorigen Woche hielt der Gemeinderat eine Sitzung ab, in welcher über die ungünstigen finanziellen Verhältnisse gesprochen wurde, die durch den Abfluß der Steuereinnahmen an den Kreisausschuß hervorgerufen worden sind. Die Haupteinnahmequelle, nämlich die Marktgebühren bei Wochen- und Jahrmärkten, ist um ein Drittel des bisherigen Einkommens ermäßigt worden. Nach einer längeren Beratung kamen die Gemeinderäte zu der Überzeugung, daß nur die Realisierung des vor zwei Jahren gefaßten Beschlusses, der Gemeinde die Stadtrechte zu verleihen, einen Ausweg aus der fatalen Finanzlage schaffen kann. In den nächsten Tagen soll sich eine Delegation zum Wojewoden nach Thorn begeben und in dieser Angelegenheit vorstellig werden.

tz. **Konitz** (Chojnice), 29. November. Wie wir erfahren, hat der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins, Herr Witecki, eine Klage gegen den Konitzer Magistrat angestrengt wegen der Erhöhung der Licht-, Gas- und Wasserpreise und der Gebäudesteuer. Herr W. begründet seine Klage damit, daß nach dem Gesetz die Erträgnisse einer kommunalen Einrichtung, wie es das Elektrizitätswerk ist, nicht dazu dienen dürfen, Fehlbeträge anderer Unternehmungen zu decken. Der Prozeß dürfte sehr interessante Ergebnisse zeitigen und von weitgehender Bedeutung sein. — Der Verein für Leibesübungen hatte am letzten Sonntag eine Vorturnerstunde im Heinrichschen Saal veranstaltet, zu der die befreundeten Turnvereine aus Zempelburg und Tuchel erschienen waren. Es wurden ganz hervorragende Leistungen gezeigt und viel neues geboten, was das Turnleben in Konitz und Umgegend weitestgehend beleben dürfte. — In der gestrigen Generalversammlung der Konitzer Schützengilde wurde der Stadtrat Kaźmierski zum Präses gewählt. — Der Sohn des Arbeits Joseph Schmals ging gestern auf der Straße spazieren, als ihm plötzlich ein junger Mann einen Messerstich in den Kopf versetzte. Der Täter ergriff die Flucht. Der Leichtverletzte mußte von einem Arzt verbunden werden. — Der Nachtwächter Schreiber nahm in der Sonntagnacht in der Mühlenstraße einen Mann fest, der anscheinend versuchte, eine günstige Einbruchsgelegenheit ausfindig zu machen. Der Verhaftete wurde der Polizei übergeben.

c **Kletzko,** 29. November. Vor einigen Tagen feierte die Mutter des Gastwirts in Michelsdorf das Fest ihres 92. Geburtstages. Das greise Geburtstagskind liest noch ohne Brille und geht zu Fuß größere Strecken. Sie erfreut sich bester Gesundheit und nimmt als eifrige Zeitungsleserin noch regen Anteil an den Ereignissen des Tages.

p **Neustadt** (Wejherowo), 27. November. Der Verein selbständiger Kaufleute für Neustadt und Umgegend hielt im Lokal Szymczak seine Monatssitzung bei guter Beteiligung der Mitglieder ab. Nach Verlesung des letzten Protokolls erstattete Leon Prusinski den Bericht über die Versammlung der Vorstände der Begräbniskassen in Graudenz. In der darauf folgenden Diskussion wurde die Wichtigkeit, Mitglied einer solchen Kasse zu sein, hervorgehoben. Hierauf referierte der Schriftführer, Bücherrevisor Kuchta, über die Notwendigkeit, einen intensiven Buchhalterkursus zu absolvieren. Nach Besprechung einiger weiterer Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

u **Strasburg** (Brodnica), 28. November. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in einer der letzten Nächte in das Konfitüren- und Delikatessengeschäft Buda am Markt verübt. Durch eine Seitentür gelangten die Diebe in den Laden, wo sie eine größere Anzahl Waren, Schokolade usw. erbeuteten. Dann erbrachen sie die Kasse, worin sich etwa 25 Złoty befanden. Mit ihrem Raub entkamen die Täter unerkannt. — Ein Brand brach bei der Besitzerfrau Łucja Nowińska in Zembrze bei Strasburg aus. Es verbrannte der Anbau des Wohnhauses mit acht Klaftern Torf und einem großen Brennholzvorrat. Außerdem verbrannte das Dach des Stalles. Der Schaden beträgt ca. 1500 Złoty und ist durch Versicherung gedeckt. — Vor der hiesigen Strafkammer hatten sich Jan und Josef Cieszyński und Kasimir Tomaschewski aus Forsthausen (Szafarnia) bei Strasburg wegen Getreidediebstahls zum Schaden des Besitzers Dulski in Adl.-Kruschin (Szlacheckie Kruszyny) zu verantworten. Die Gebrüder Cieszyński wurden zu je einem Jahre Gefängnis, Tomaschewski zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — In dem Walde Langenbrück (Długimost) wurde in einer Schonung ein Herrenfahrrad gefunden. Das Rad stammt wahrscheinlich von einem Diebstahl und ist hier versteckt worden.

w. **Soldau** (Działdowo), 28. November. Auf der Besitzung des Ernst Grünthal in Klein-Lensk (Mały Łeck) hiesigen Kreises in Größe von 404 Hektar wurde von dem jetzigen Pächter Leonhard Kasper am Freitag eine Treibjagd veranstaltet. Dabei wurden von 7 Schützen 19 Hasen erlegt.

p. **Vandsburg** (Więcbork), 29. November. In Wiesental wurde dem Besitzer Lockstädt aus verschlossenem Stalle ein fettes Schwein gestohlen. — Auf dem letzten Wochenmarkt kostete das Pfund Butter 1,40, Eier die Mandel 1,70 und 2 Złoty. Auf dem Schweinemarkt brachte das Paar Ferkel 25—20 Złoty.

x **Zempelburg** (Sępólno), 28. November. Am Sonnabend, 26. d. M., veranstaltete der hiesige Jagdverein auf dem zur Gemeinde Nichorz gehörigen Gelände seine erste Treibjagd in diesem Jahre, an der 17 Schützen teilnahmen. Erlegt wurden 21 Hasen. — Bei einer unlängst erfolgten öffentlichen Zwangsversteigerung auf dem hiesigen alten Markt gelangte ein Motorrad zum Verkauf, an dem nach genauer Besichtigung durch den Käufer, der 100 Złoty dafür bezahlt hatte, die wichtigsten Maschinenteile — Motor, Magnet u. a. m. — abmontiert waren.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Ein Student erschlagen.

*** Lemberg (Lwów), 28. November. (PAT) Gestern gegen 1 Uhr nachts kam es vor der Bar „Grota" zwischen mehreren Studenten und einigen Angehörigen der Unterwelt zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der Student Jan Grotkowski schwer verletzt wurde. Er verstarb auf dem Transport zum Krankenhause. Die Studenten Pietraszko und Szczepanowski erhielten leichte Schnittwunden. Die Polizei konnte die Täter verhaften.**

Im Zusammenhang mit diesem Vorfall versuchten die Studenten, am Abend des gleichen Tages Exzesse herbeizuführen, sie wurden jedoch von der Polizei auseinandergetrieben. In den Nachmittagsstunden wurde ein Flugblatt verteilt, das Ausschreitungen provozieren sollte. Das Flugblatt wurde beschlagnahmt. Die „Bratnia Pomoc" hat einen Aufruf veröffentlicht, der zur Ruhe auffordert.

Eine Falschgeldfabrik.

Da in Warschau und Umgegend seit längerer Zeit besonders viele falsche 1-, 2-, 5- und 10-Złoty-Stücke auftauchten, führte die Polizei 153 Haussuchungen durch, an denen 150 Detektive und 80 Polizisten teilnahmen. Die Haupt-„Münze" wurde im Hause des David Milwe, eines Juweliers, entdeckt. Man fand dort insgesamt 1900 Stück Münzen. Der Vertrieb des Falschgeldes befand sich in Milwes Laden. 55 Personen wurden verhaftet.

e **Alexandrowo**, 28. November. Abends kamen in die Siekierskische Bäckerei an der Okrzejastraße drei Strolche und verlangten Geld zu Schnaps. Als der Besitzer mit dieser eigenartigen Steuer nicht herausrücken wollte, zerschlugen die Durstigen die ganze Ladeneinrichtung. Nach einer halben Stunde kehrten die Strolche nochmals um und drohten Siekierski zu ermorden, falls sie kein Geld erhalten würden. Dann begossen sie das Gebäck mit Petroleum und suchten das Weite. — Als die Mitglieder des Gesangvereins „Lutnia" nach einer Singstunde heimkehrten, wurden sie von einer Anzahl Männer, die mit Pfählen und abgerissenen Staketen bewaffnet waren, überfallen, die unter Drohungen Geld forderten. Als sich Herr Olschewski zur Wehr setzte, erhielt er einen Hieb auf den Kopf, daß er eine klaffende Wunde davontrug. Die Polizei machte dem nächtlichen „Vergnügen" ein Ende. — In der Nähe des Dorfes Mikanowo wurden die Landleute Józef, Franciszek und Leokadja Kurdubski-Siutkowo von zwei bewaffneten Wegelagerern angehalten. Sie verlangten das Geld, welches die K. auf dem Jahrmarkte eingenommen hatten. Kurdubski peitschte seine Pferde an und jagte im Galopp davon. Die Räuber feuerten den Fliehenden etliche Revolverschüsse nach, durch die Franciszek K. am Bein verletzt wurde.

e **Ciechocinek**, 28. November. Zu einer blutigen Auseinandersetzung kam es in Woluschewo zwischen den beiden Brüdern Bolesław und Stanisław Ratusiewicz. Während eines Streites zog Bolesław einen Revolver und verletzte seinen Bruder durch drei Bauchschüsse lebensgefährlich. In hoffnungslosem Zustande wurde der Schwerverletzte in das Alexandrower Krankenhaus gebracht. Der Schütze wurde verhaftet. — Während der Treibjagd im Walde des Dorfes Orle wurden statt der Hasen zwei Passanten von den Mitgliedern des Jägerklubs Czamanin angeschossen. Die Jagdbeute fand Aufnahme im Krankenhause in Izbica.

* **Warschau** (Warszawa), 28. November. Der neue Henker Braun, der mit seinen beiden Gehilfen Palac und Cukierski von einer Hinrichtung nach Warschau zurückkehrte, begab sich in Begleitung dieser beiden in die Kaschemme „Swit" in der Lukowskastraße, um einen Teil des soeben verdienten Geldes zu vertrinken. Er wurde von einigen Gästen erkannt, die das „sympathische" Kleeblatt umringten, hochleben ließen und eine „Runde" forderten. Es wurde viel Schnaps getrunken, und als die Köpfe erhitzt waren, war es auch mit der Sympathie für die drei Henker vorbei. Etwa 30 Personen begannen Braun und seine Gehilfen mit Schnapsflaschen, Stühlen und anderen Dingen zu bewerfen. Die Lage wurde für die drei so gefährlich, daß Polizei herbeigerufen werden mußte. Den Angreifern gelang es jedoch, rechtzeitig zu flüchten. Der Henker und seine Begleiter, die ziemlich übel zugerichtet worden waren, wurden von einem Arzt der Rettungsbereitschaft verbunden.

Asien 1932.

Von Dr. Friedrich Otte,

Professor an der Reichsuniversität Peking.

Wie sieht es in Asien aus? Unruhig überall, wenn auch das Jahr 1932 im Zeichen des Absterbens übersteigerter Hoffnungen stand: die tieferen Spannungen bleiben. Wie überall in der Welt starrt auch den Völkern in Asien heute der nüchterne Alltag ins Gesicht, nachdem die Fata Morgana neuer Glückseligkeit verblich, die man ihnen von 1914 bis 1918, solange man ihrer bedurfte, vorgezaubert hatte. Am stärksten wirkt sich diese Ernüchterung in den politisch so unbehilflichen Riesengebieten Indien und China aus, wo fast die Hälfte der Menschheit wohnt. Zwar litten sie durch die Weltdepression im ganzen weniger als die der Weltwirtschaft dienstbaren kleineren Rohstoffgebiete, dafür sind sie aber beide innerlich zerrissen, jedes in seiner Art, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Britisch-Indien hat seit 1919 ein Scheinparlament; aber die Fürstenstaaten sind darin nicht vertreten, und die Finanzgewalt ruht beim Vizekönig. Daher kommt man über fromme Beschlüsse, für deren Durchführung kein Geld vorhanden ist, nicht hinaus. Vorläufig bleibt Indien, was es war; bis zu den Rechten eines Dominion ist doch ein weiter Weg. Aber Völker müssen etwas wollen, ein Ziel haben, und so bewilligten die Hindu-Nationalisten den Parias gewisse Rechte, die ihnen seit Urzeiten vorenthalten waren. Sie dürfen jetzt an Tempelfesten teilnehmen, auch wenn ihnen die Rechte der heiligen Kühe, die in den Städten lustwandeln, noch lange nicht zugebilligt sind. Weshalb diese Weitherzigkeit? Weil die Engländer nach dem Grundsatz „teile und herrsche" den Parias gesonderte Gemeindevertretungen zubilligen wollten. Um das zu verhindern, hungerte Gandhi im Gefängnis, in das man ihn wieder einmal mit dem Wiederaufflackern der Boykottbewegung gesteckt hatte. Und das größere Ziel? Man hofft es in diesem Lande der 222 Sprachen und 2000 Kasten vorerst durch den Parlamentarismus zu erreichen, der sonst überall versagt hat. Indien will ein Parlament für ganz Indien mit Finanzgewalt und dann später volle Freiheit!

In China besteht schon seit 1923 der Parlamentarismus nicht mehr. Was an seine Stelle treten soll, scheint niemand recht zu wissen, auch die Kuomintang jetzt weniger denn je. Man spricht auch von einem Faszismus, einer „Wan-Hui", d. i. Rettungspartei. Im übrigen wie in den Vorjahren: kommunistische Wirren in Zentralchina, Generalkämpfe überall, weiterhin Gegensätze zwischen Nord-, Mittel- und Südchina; Regierungen, die keine Minister finden können! Und überdies die Errichtung des Mandschureistaates „unter dem Schutz japanischer Bajonette", wie es auch in dem im Oktober erschienenen Völkerbundbericht steht. Die Zukunft dieses Staates dürfte noch unbestimmbarer sein als die des eigentlichen China; denn vorläufig hat das japanische Vorgehen jene Hölle in der Mandschurei erst entfesselt, die Japan aus Gründen der „Selbstverteidigung seiner Lebenslinie" dort beseitigen zu wollen vorgab. Deshalb bleibt die Mandschurei das akuteste und für die Amerikaner mit dem Hinblick auf die weitere Zukunft im Stillen Ozean wichtigste politische Depressionsgebiet der Welt, schon wegen der Rassengefahr, an die man denkt, auch wenn man ungern davon spricht.

Sollte es aber Japan gelingen, wie 1909 und 1925 mit Rußland wieder zu einer Einigung zu kommen, dann dürfte seine Stellung für viele Jahre unerschütterlich sein; darauf zielen die kürzlich eingeleiteten Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt oder gar den Verkauf der „Ostchinesischen Bahn" an Japan ab. Die Sowjets wollen wohl durch diese Verhandlungen außerdem von Amerika die de jure-Anerkennung erzwingen und vielleicht sogar den Verzicht auf die Vorkriegsschuldforderung von 835 Millionen Dollars. Ganz echt ist die Liebe zwischen Moskau und Tokio nicht, aber die Sowjets gebrauchen überdies Ruhe für ihren Industrieplan, besonders auch für die Entwicklung ihrer reichen Rohstoffgebiete in Turkestan und Sibirien. Sie werden vermutlich die Entdeckung machen müssen, daß Durchhalten und Durchführen noch schwerer sind als „aller Anfang". Japan hat diese Erfahrung bereits durchzukosten gehabt; denn auf ihm, dem einzigen Industrieland größeren Ausmaßes in Asien, hat die Weltkrise sehr schwer gelastet, besonders 1932, als die Abwehrmaßnahmen gegen japanisches Dumping in Indien und anderswo eingeführt wurden, wozu noch der Boykott der Chinesen trat. Dabei wird dieser Boykott der japanischen Einfuhr allgemein verdammt; anscheinend fehlt hier das juristische Mäntelchen, für das die in den Weltmetropolen fabrizierte öffentliche Meinung so sehr empfänglich ist. Vielleicht dürfen der japanische Überfall auf Schanghai im Februar und das Mandschureiunternehmen überhaupt als Ablenkungsmanöver für die überreizte japanische Volksstimmung bewertet werden, aber davon redet kein Staatsmann, besonders kein japanischer; sie haben wie andere auch ihre Juristen, die für ihr Tun und Lassen jederzeit die ehrbarsten Gründe bereitstellen.

Die Weltwirtschaftskrise wirkt sich in Asien am schärfsten in den subtropischen Rohstoffgebieten aus, also vor allem in Niederländisch-Indien, in Britisch-Malaya, in Ceylon usw. und dort vor allem auf die europäischen Unternehmungen und deren weiße Angestellte, weniger auf den genügsamen Eingeborenen, der aus dem Boden das herausholt, was er benötigt. Aber man nimmt an, daß der tiefste Stand erreicht ist; wenn auch die deutsche Ausfuhr nach Asien und besonders nach diesen Gebieten 1932 weiter zurückgegangen ist. Auf die Weltwirtschaftskrise dürfte es auch zurückzuführen sein, wenn 1933 ein Jahr der Ruhe für Asien wird; denn keine Großmacht will Krieg, auch Japan nicht, vorausgesetzt, daß man es in der Mandschurei nicht stört. Aber das wird kein Großstaat tun wollen; niemand dürfte für ein in sich so zerrissenes Land mit den Waffen kämpfen wollen; es wird bei Vorbehalten bleiben, welche die Tür für diplomatische Aktionen in der Zukunft offen lassen, auch wenn Japan die „Offene Tür" in der Mandschurei wirtschaftlich vollends zuklappt. Sie ist sowieso seit Jahren für andere nur noch halb offen.

Der Erfolg Mussolinis und Kemal Paschas hat in Asien vorbildlich gewirkt; mehr oder minder faszistische Bewegungen deuteten sich in Japan, Siam und China an, auch in Indochina, wo man allerdings auf französischer Seite gern noch von „Bolschewismus" redet. Aber die bolschewistische Idee als solche scheint in Asien erstorben zu sein, schon weil die Bolschewisten den Asiaten auch als Imperialisten gelten, was sie ja auch sind. Der Schattenkaiser Bao Tai von Annam durfte im August nach zehnjähriger Ausbildung in Frankreich seinen Thron besteigen; Gelüste faszistischer oder nationalistischer Art sind ihm nach der sorgfältigen Vorbereitung wohl nicht mehr zuzutrauen.

Im westlichen Asien änderte sich das politische Bild hauptsächlich dadurch, daß England sein Mandat im Irak aufgab, vermutlich schon wegen der Luftverbindung London-Karatschi, um die Franzosen hierdurch zum Verzicht auf das ihre über Syrien zu veranlassen. Das Irak und die Türkei traten dann dem Völkerbunde bei; in Asien wird man diesen Vorgang als äußerst nebensächlich betrachten, wie das meiste, was im Völkerbund geschieht, solange er sich Großstaaten gegenüber machtlos erweist. Die Taten Japans wiegen schwerer als die Genfer Reden, und der Austritt Japans würde das Signal für die endgültige Europäisierung dieses überstaatlichen Gebildes bedeuten.

Kleine Rundschau.

Eine Zeremonie des groben Unfugs.

Die Stammgäste einer Badeanstalt von Los Angeles (Kalifornien) wurden kürzlich Zeugen der nicht gerade alltäglichen Zeremonie einer Hochzeit unter dem Wasserspiegel. Die beiden Partner, die, wie der amtierende Geistliche, mit Taucherhelmen ausgerüstet waren, stiegen auf den Grund des Wasserbeckens hinab, während oben am Beckenrand die Hochzeitsgäste die Luftpumpen bedienten (!). Mit Radiohörern und Mikrophonen versehen, vollzog der Geistliche die Trauung. Dabei spielte ein Orchester auf einem Nachen den Hochzeitsmarsch aus „Lohengrin". Nur die Schwiegereltern waren „rückständig" genug, am sicheren Ufer das Ende der Zeremonie abzuwarten. Die Braut trug bei der Gelegenheit selbstverständlich einen Badeanzug, über den sie ein Seidenkleid gezogen hatte. Der junge Gatte war im Frackanzug und Lackstiefeln erschienen.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 1. Dezember.

Königswusterhausen.

06.35—08.00: Von Leipzig: **Konzert.** 10.10—10.45: Von Breslau: Schulfunk. 12.00 ca.: Sinfonische Werke. Tschaikowsky: IV. Sinfonie (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Schallplatten. 15.00: Musikalische Kinderstunde. Dr. Thea Dispecker: Wir feiern Advent mit Hortkindern aus Berlin-Schöneberg. 15.45: Frauenstunde. Margarete Preul: Weihnachtsvorfreuden. 16.00: Pädagogischer Funk. Schulrat Dr. Koepp, Hirschberg: Die „Stille Beschäftigung", ein Organisationsproblem. 16.30: Von Berlin: Ballettmusik aus deutschen Opern. 17.30: H. Meißner: Deutschtum in Finnland. 18.00: Musikalischer Zeitspiegel. Rose Walter: Strawinsky als Liederkomponist (Am Flügel Friedrich Welter). 18.30: Ob.-Reg.-Rat Korzendorfer: Die Erfindung der Briefmarke. 18.55: Wetter. Anschl.: Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: Stunde des Landwirts. Forstmeister a. D. von Bornstedt: Winke und Ratschläge an den kleineren Waldbesitz für den Holzeinschlag und Wiederaufforstungen im norddeutschen Kiefernwalde. 19.20: Dr. Rudolf Pechel: Für und Wider. Wegweiser durch die Zeit. 19.40: Zeitdienst. 20.00: Von Mühlacker: **Die Jagd nach dem Gold des Kapitän Kid.** 21.00: W. A. Mozart: Klavierkonzert D-Dur (K. v. 537) (Krönungskonzert). Allegro — Larghetto — Allegretto (Conrad Hansen; Berl. Philh. Orch., Dir.: Jochum). 21.30: Wir stellen vor: Karl Anton Prinz Rohan. 21.40: **Max Reger:** Serenade Op. 95. Allegro moderato — Vivace a burlesca — Andante semplice — Allegro con spirito (Berliner Philh. Orch., Dir.: **Eugen Jochum**). 22.25: Wetter-, Sport-Nachrichten (II).

Breslau-Gleiwitz.

06.35—08.15: Von Leipzig: **Konzert. 10.10—10.40: Schulfunk** für Volksschulen: **„Hanneles Himmelfahrt"** von Gerhart Hauptmann. 11.30: Landwirtschaft. Karl Dürken: **Unkrautbekämpfung** auf Wiesen. 13.10: **Mittagskonzert.** 14.05: Schallplatten. 15.50: Das Buch des Tages. 16.15: Schallplatten. 17.00: **Kinderfunk:** Wir bauen einen Zoo. 17.30: Der Hausmusik gewidmet. 18.00: Schulfunk für Berufsschulen. 18.25: Zeitdienst. 18.40: Stunde der werktätigen Frau. 19.00: Wozu heutzutage noch Märchen? 19.15: Das Volkslied. 19.30: Wetter. Anschl.: Abendmusik (Schallplatten). 20.00: **Ohne roten Faden.** Funkrevue von Erik-Ernst Schwabach. Musik von Hans Sattler. 21.10: **Bläser-Kammermusik.** 22.00: Zeit, Wetter, Nachr., Sport, Programmänderungen. 22.20: Josef Treutler: Zehn Minuten Arbeiter-Esperanto. 22.30 bis 22.50: Helmut Lucas: Breslauer Ausflugsziele vor 100 Jahren.

Königsberg-Danzig.

06.35—08.15: Von Leipzig: **Konzert. 11.30: Konzert.** 13.30 bis 14.30: Königsberg: Schallplatten. 13.30—14.30: Danzig: Schallplatten. 15.30: Jugendstunde. 16.00: **Kompositionsstunde.** 16.30: Unterhaltungskonzert. 18.25: Landwirtschaftsfunk. 18.50: Kammermusik. 19.30: Englisch für Anfänger. 19.55: **Wetter.** 20.00: Operettenquerschnitt. 21.35: 700 Jahre Ostpreußen. 22.10: Wetter, Nachrichten.

Warschau.

12.10: **Schallplatten.** 12.35: **Aus der Philharmonie:** 20. Konzert für die Schuljugend. Philharm. Orch. Dir.: Zarubin. 15.25: Schallplatten. 15.50: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 18.00: Leichte Musik. 20.00: **Leichte Musik.** Funkorch. Dir.: Nawrot. Solist: Nowinski, Tenor. Am Flügel: Urstein. 22.15: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Alter Abonnent Siemoń". Von den vier Nummern ist weder im Oktober 1931 noch im Oktober dieses Jahres eine gezogen worden.

A. W. 82. Von den vier Nummern ist bei den Ziehungen in den letzten vier Jahren Jahren keine gezogen worden.

„Schaufenster". An sich haben Sie mit der Versicherung des Schaufensters nichts zu tun; das ist Sache des Hausbesitzers, der jeden Schaden, den sein Haus von außen erleidet, selbst tragen muß, wenn er sich nicht durch Versicherung dagegen schützt. Wenn also Ihr Schaufenster von außen her zertrümmert oder beschädigt würde, dann müßte es der Hausbesitzer ersetzen oder reparieren lassen ohne Rücksicht darauf, ob Sie ihm die Versicherungsgebühr bezahlt haben oder nicht. Da jetzt eine Bank die Mieten einzieht, scheint es, daß der Besitzer des Hauses seine Rechte am Hause an seine Gläubiger hat abtreten müssen, welche letzteren ihrerseits die Bank mit der Regelung betraut haben. Mit den Rechten sind auch die Pflichten des Hausbesitzers den Mietern gegenüber auf die Gläubiger resp. die Bank übergegangen. Wenn also Ihr Schaufenster von außen beschädigt werden sollte, könnten Sie sich an die Bank halten. Um möglichen Differenzen vorzubeugen, empfiehlt es sich, zunächst festzustellen, auf Grund welches Rechtstitels die Bank die Mieten einzieht, und dann der Bank die Mitteilung machen, daß der Hausbesitzer die Zahlung der Versicherungsprämie eingestellt hat, und daß Sie eventuell die Bank für jeden Ihnen entstehenden Schaden haftbar machen würden.

E. W. 1876. 1. Schwierigkeiten werden sicher entstehen, ob sie behoben werden, können wir nicht wissen. 2. Wer für die Sicherheitshypothek bürgt, hängt von der Vereinbarung im Kaufvertrage ab. Sie können sich von dem Grundstück behalten, soviel Sie wollen, wenn der Käufer damit einverstanden ist.

„Wolf". 1. 90 000 Mark vom Juli 1922 hatten einen Wert von 106 Złoty. Ihr heutiger Wert hängt davon ab, wie das Geld angelegt war; war es auf Schuldschein oder auch ohne Schuldschein verliehen, so ist es heute nicht einen Groschen wert, da solche Forderungen, wenn sie nach dem 1. 1. 1922 entstanden sind, nicht aufgewertet werden. 2. Wenn ein solcher nachträglicher Anspruch nicht durch die Statuten der Gesellschaft ausgeschlossen ist, können Sie ihn geltend machen, da gesetzliche Gründe für die Verjährung des Anspruchs nicht vorliegen.

Der Oswag-Prozeß in Kattowitz.

Vor dem Bezirksgericht in Kattowitz kam ein Prozeß gegen den Generaldirektor der Fürstlich Plessischen Bergwerks-Direktion Dr. Franz Ebeling zur Verhandlung, der sich seit dem 1. Oktober in Untersuchungshaft befand, und dessen Haftentlassung trotz viermaliger ärztlicher Befürwortung abgelehnt worden war. Mitangeklagt waren der Direktor Jozef Ogiermann, Vorstandsmitglied der Firma „Oswag" und Direktor Otto Caspar von der Deutschen Bank in Kattowitz. Dr. Ebeling und Direktor Caspar sind deutsche Reichsangehörige.

Die Anklageschrift legte dem Hauptangeklagten Generaldirektor Dr. Ebeling „betrügerischen Konkurs" zur Last; den beiden anderen Angeklagten wurde Beihilfe vorgeworfen. Die Anklage umfaßte mehr als 100 Schreibmaschinenseiten. Als Sachverständige fungierten der Generaldirektor der Staatlichen Stickstoffwerke und frühere Handelsminister Kwiatkowski, Ingenieur Trzebicki von den Stickstoffwerken in Chorzow, Direktor Zmudzinski aus Kattowitz und Vizedirektor Sytnik von der Landwirtschaftsbank.

Am Sonnabend wurde das **Urteil** gefällt. Es lautete gegen den Generaldirektor Dr. Ebeling auf 1½ Jahre Gefängnis und 5000 Złoty Geldstrafe. Auf Grund der Amnestie wurde ihm die ganze Geldstrafe erlassen; auch wurde die Gefängnisstrafe um ein Drittel verringert. Es wurde gleichzeitig beschlossen, Dr. Ebeling gegen eine Kaution von 100 000 Złoty auf freien Fuß zu setzen. Die Kaution wurde unverzüglich hinterlegt, worauf man Dr. Ebeling aus der Untersuchungshaft entließ. Der Direktor der Deutschen Bank Otto Caspar in Kattowitz wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt; diese Strafe wurde auf Grund der Amnestie geschenkt. Der Oberbuchhalter der „Oswag" Jozef Ogiermann erhielt 7 Monate Gefängnis; diese Strafe wurde auf Grund der Amnestie um die Hälfte verringert.

Die polnische Presse wertet den Prozeß, bei dem es doch lediglich um wirtschaftliche Dinge geht, hochpolitisch aus, gilt es doch, den Prinzen Pleß und die gesamte Verwaltung seines Industrie- und Grundbesitzes vor aller Welt bloßzustellen und das Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in dem Steuerstreit mit der Polnischen Regierung zu beeinflussen und gegebenenfalls weitere Strafmaßnahmen gegen den Prinzen Pleß zu begründen.

Dabei hätte die polnische Presse allen Grund, sich zunächst an die eigene Nase zu fassen. Zusammenbrüche von Industriewerken in Oberschlesien sind gerade auch auf polnischer Seite an der Tagesordnung. Daß der Gründer von Gdingen, der als deutschfeindlich bekannte Herr Kwiatkowski der Firma Oswag „nicht zu rechtfertigende Maßnahmen" bei dem Bau der Fabrik zum Vorwurf macht, ist nicht weiter verwunderlich. Demgegenüber vertrat der mit außerordentlicher Sicherheit auftretende Sachverständige Dr. Semler von der Berliner Treuhandgesellschaft den Standpunkt, **daß der Fabrikbau vollständig der damaligen Konjunktur entspräche.** Neben einer Reihe anderer Punkte sprachen für die Richtigkeit seiner Anschauung die unerhörten Gewinne der J. G.-Farben auf dem Gebiete der Produktionen der Oswag. Schon vorher hatte der Sachverständige Dr. Mangold erklärt, daß neben den J. G.-Farben die meisten Fabriken der Stickstoffindustrie (Ammonium-Sulphat) Bankkredite bis zu 100 Millionen Mark aufgenommen hätten. 60 Fabriken dieser Art seien errichtet worden. Für Polen sei die Entstehung der Fabrik in Wyry geradezu eine wirtschaftliche Notwendigkeit und für die Landesverteidigung unbedingt erforderlich gewesen. **Die Oswag sei nicht aus innerer Schwäche zusammengebrochen, sondern sie sei ein Opfer der wirtschaftlichen Krise geworden.** Der Zusammenbruch der Darmstädter Bank hätte den Anschluß der Oswag an das internationale Syndikat, das in Deutschland, England und Norwegen gearbeitet habe, unmöglich gemacht, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die Verhandlungen über den Anschluß bereits dem Ende nahe waren. **Innerlich war die Oswag kerngesund gewesen; aber der Bankkrach hätte alle Pläne der Stickstoffkonferenz zertrümmert.** Gleichzeitig war auch der geplante Absatz ins Ausland unmöglich geworden. Der Oswag blieb also nichts anderes übrig, als in Konkurs zu gehen. Bei besserer Konjunktur wäre die Oswag aber noch heute lebensfähig.

Außerordentlich bezeichnend für den Charakter des Oswag-Prozesses war übrigens auch die Vernehmung des — wie die deutsche Presse meldet — einzigen Belastungszeugen der Staatsanwaltschaft, eines im Jahre 1928 entlassenen technischen Direktors der Oswag, namens Schneider. Dieser Mann mit dem urpolnischen Namen hatte behauptet, daß er als Vorstandsmitglied der Oswag seine Stellung aufgeben mußte, weil er sich als Pole dort nicht wohl fühlte, und **weil der Angeklagte Ebeling alle Polonisierungsversuche unterdrückte.** (Ein fluchwürdiges Verbrechen!!).

Die Verteidigung legte auf diese Aussage hin dem Gericht ein Dokument vor, dsa auf polnischer Seite sichtliche Verlegenheit hervorrief. **Aus dem Dokument geht hervor, daß Schneider während seiner Amtstätigkeit bei der Oswag von dem Leiter der Industrieabteilung der Wojewodschaft beauftragt worden war, die Direktoren Pistorius, Ebeling und Kaling, weil sie reichsdeutsche Staatsangehörige sind, aus dem Unternehmen herauszudrücken.** Schneider versuchte diesem Auftrag dadurch nachzukommen, daß er für ein polnisches Skandalblatt einen Artikel schrieb, in dem das Ansehen des Unternehmens in den Schmutz gezogen wurde. Die Pleßsche Verwaltung konnte Schneider als den Artikelschreiber ermitteln und stellte ihm anheim, seinen Posten aufzugeben, um einer etwaigen Anklage zu entgehen. Die Verwaltung ging sogar so weit, ihm mit Rücksicht auf seine Familie sein Gehalt für mehrere Monate zu zahlen. — Nach dieser Feststellung glaubte die Verteidigung auf weitere Fragen an diesen Zeugen verzichten zu können.

Beflügelte Kanonen.

Artillerietransport durch die Luft.

Mit seinen 3200 Bomben- und Kampfflugzeugen nimmt Frankreich als Luftmacht unter allen anderen Staaten der Welt die erste Stelle ein. In einigem Abstand folgen die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Italien, dann Sowjet-Rußland, während die britischen Luftstreitkräfte zahlenmäßig den letzten Platz einnehmen. Mit diesem Stärkeverhältnis als Ausgangspunkt ist es von besonderem Interesse, von einer neuen amerikanischen Erfindung Kenntnis zu nehmen, die besonders in englischen Militärkreisen das größte Aufsehen erregt. Ist sie doch geeignet, in den Methoden der neuzeitlichen Kriegsführung eine völlige Umwälzung herbeizuführen, alle heute geltenden Berechnungen und Aufmarschpläne über den Haufen zu werfen.

Diese neue Erfindung besteht in einer von amerikanischen Ingenieuren konstruierten Flugzeugtype, die es ermöglicht, Geschütze von mittlerem Kaliber durch die Luft zu transportieren. Auf diese Weise würde eine kriegführende Macht in der Lage sein, mit Kanonen im Innern des Feindeslandes zu landen und sie gegebenenfalls im Rücken des Gegners zur Anwendung zu bringen. Die Artillerie-Transportflugzeuge sollen sich bei den letzten Herbstmanövern in Amerika gut bewährt haben. Vor allen Dingen entstehen dadurch bei Landungsoperationen Möglichkeiten, die bis jetzt der Kriegskunst versagt blieben. In den meisten Fällen scheiterten die Landungsoperationen an der Feindesküste daran, daß die gelandeten Infanterie- und Genietruppen von der eigenen Artillerie nicht rechtzeitig unterstützt werden konnten. Die Vervollkommnung der neuen amerikanischen Flugzeugkonstruktion würde in dieser Beziehung gewaltige neue Perspektiven eröffnen.

Es liegt auf der Hand, daß sich England, jenes Land, das sich infolge seiner insularen Lage bis jetzt vor einer feindlichen Landung in Sicherheit wähnte, durch das neu **erfundene Kriegsmittel bedroht fühlt.** Es genügt die Vorstellung, daß feindliche Geschütze durch Nacht und Nebel nach der britischen Insel durch die Luft befördert werden, um irgendwo im britischen Industrie-Gebiet in Yorkshire oder Lancashire aufgefahren zu werden, um über die berechtigten Besorgnisse des englischen Kriegsministeriums im Klaren zu sein. Der Alpdruck, der stets auf dem alten englischen Feldmarschall Lord Roberts gelastet hatte, sein Gedanke von dem herannahenden Ende der bevorzugten strategischen Lage Englands, scheint somit durch die technische Entwicklung der Neuzeit reale Konturen anzunehmen.

Die Nachricht, daß der französische Generalstab mit größtem Interesse die Ergebnisse der letzten amerikanischen Versuche mit den Artillerietransport-Flugzeugen verfolgt, ist jedenfalls geeignet, diese englische Besorgnis noch zu steigern. Freilich sind die maßgebenden französischen Kreise auch diesmal bemüht, den britischen Verdacht von sich abzuwälzen, und zwar mit Hinweis darauf, daß auch diese Pläne Frankreichs nicht dem ehemaligen Alliierten an der anderen Seite des Ärmelkanals, sondern nur dem deutschen Erbfeind gelten. Es ist jedoch dem britischen Kriegsministerium nicht unbekannt, daß in den Panzerschränken des französischen Generalstabes detailliert ausgearbeitete Aufmarschpläne nicht nur gegen Osten, sondern auch gegen Norden fertig liegen. Da es zur Pflicht des Generalstabes eines jeden Landes gehört, sich für alle Eventualitäten bereit zu halten, kann allerdings auch der obersten französischen Kriegsbehörde kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie sich auch mit der Möglichkeit eines britisch-französischen Konflikts beschäftigt. Und doch fragt man sich in England nicht ohne bittere Enttäuschung, ob auch im Sommer 1914 fertige Aufmarschpläne gegen England in den Kassenschränken des französischen Generalstabes vorhanden waren.

Rundschau des Staatsbürgers.

Welche Invalidenversicherungsmarken sind zu kleben?

Die Landesversicherungsanstalt teilt die neuen Invalidenversicherungsgebühren mit, welche vom 1. Oktober 1932 gelten.

Es sind zu kleben: rote Marken der 1. Klasse zu 30 Groschen die Woche bei einem Monatsverdienst bis zu 37,50 Złoty oder Wochenverdienst bis zu 9 Złoty oder Tageslohn bis zu 1,50 Złoty; blaue Marken der 2. Klasse zu 45 Groschen die Woche bei einem Monatsverdienst bis zu 62,50 Złoty oder Wochenlohn bis zu 15 Złoty oder einem Tagelohn bis 2,50 Złoty; grüne Marken der 3. Klasse zu 60 Groschen die Woche bei einem Monatsverdienst bis zu 75 Złoty oder Wochenlohn bis zu 18 Złoty oder einem Tagelohn bis zu 3 Złoty; braune Marken der 4. Klasse zu 75 Groschen wöchentlich bei einem Monatsverdienst bis zu 100 Złoty, einem Wochenlohn bis zu 24 Złoty oder einem Tagelohn bis zu 4 Złoty; gelbe Marken der 5. Klasse zu 90 Groschen die Woche bei einem Monatsverdienst von mehr als 100 Złoty, einem Wochenlohn von mehr als 24 Złoty oder einem Tagelohn von mehr als 4 Złoty.

Die obigen Lohngrenzen sind festgelegt auf Grund des § 1246 der Versicherungsordnung, wonach zur Berechnung der einzelnen Klassen der Grundlohn maßgebend ist, mit dem der Versicherte bei der Krankenkasse als Mitglied aufgenommen wurde. Zum Lohn wird außer dem Bargeld der Wert für freien Unterhalt und Wohnung hinzugerechnet.

Auf Grund der vom Bezirksversicherungsamt in Posen festgesetzten neuen Preisliste für den Wert der Leistungen in Naturalien beträgt der Wert für freien Unterhalt und Wohnung vom 1. Oktober 1932: a) für Dörfer 36 Złoty monatlich, b) für Städte bis zu 3000 Einwohnern 46,50 Złoty monatlich, c) für Städte von 3000 bis 20 000 Einwohnern 54 Złoty, d) für Städte von 20 000 bis 50 000 Einwohnern außer Gdingen 63 Złoty, e) für Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern und für die Stadt Gdingen 67,50 Złoty monatlich.

Ausfürliche Tabellen der Invalidenversicherungsgebühren befinden sich in den Versicherungsämtern und bei den Kontrolleuren der Landesversicherungsanstalt; ferner sind sie in den Postämtern zum Aushang gebracht.

Büchertisch.

„Schriften an die Nation".

Aus Not und Zerrissenheit wird in unseren Tagen das neue Deutschland geboren. In kreisender Zeit scheint vorübergehend das deutsche Volk, scheint der ganze Planet sich wild und ziellos zu gebärden; aber die neuen Ordnungskräfte sind dennoch schon sichtbar, erkannt von den Führern zu Tat und Gedanken, erkannt auch von den Führern zur Gestalt, den Dichtern und Künstlern.

Der Versuch, in großem Rahmen die neuen Ordnungskräfte aufzuzeigen, liegt in der neuen Schriftenreihe des Gerhard Stalling Verlages, Oldenburg i. O., Stalling-Bücherei **„Schriften an die Nation"** vor. Daß er mit glücklicher Hand und bewußtem Gestaltungswillen unternommen wurde, zeigen schon die ersten Bände, die jetzt erschienen sind, und die nach den Mitteilungen des Verlages noch im Laufe des Herbstes und Winters auf eine Reihe von 60 Bänden gebracht werden sollen. Sie enthalten und deuten die Züge der heraufkommenden Zeit, sie weisen das Künftige, zeigen aber auch die Verbindungen zu den alten, ewigen Kräften unseres Volkes, die in der neuen Schau unserer Zeit aufs neue fruchtbar zu werden. So ergibt sich schon beim ersten Eindruck ein geschlossenes Weltbild, in das sich die einzelnen Bände glücklich hineinfügen.

Das Neue kann nicht aus dem Nichts entstehen. Es muß anknüpfen an Bestehendes und Beständiges, an die unverlierbaren Kräfte des Volkes, die aus Blut und Boden, aber auch aus Geist und Geschichte stammen . Es ist die deutsche Seele, die nach neuer Verkörperung sich sehnt. In keinem Kunstwerk irgend eines Jahrhunderts ist die deutsche Seele so vollkommen und unbestreitbar Gestalt geworden wie im **„Bamberger Reiter"**. Sehr wesentlich scheint uns darum der Beitrag von **Lothar Schreyer** über den „Bamberger Reiter", der eine Wallfahrt zu einem Heiligtum der Deutschen, dem Bamberger Dom und seinem Reiter, darstellt. Christliches und deutsches Wesen werden hier in ihrer höchsten und innigsten Verschmelzung erfühlt. Aus innerster Volksseele wurde auch der Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts geboren. Es ist eine eminent deutsche Episode. **Karsthans** schildert einen wesentlichen Abschnitt daraus in seiner Erzählung **„Die Weinsberger Ostern"**. Blutig entschied damals das Schicksal gegen die Bauern, die untereinander noch nicht einig waren und sich nicht einer Führung fügen wollten, die ihren an sich reinen Willen zur politischen Tat geführt hätte. Ein nationaler Aufbruch anderer Art war der von 1813. Damals wurde Görres zum großen Rufer einer zu neuen geistigen Formen drängenden Zeit. **Richard Euringer wählte sich diese Gestalt in seiner Novelle „Der deutsche Görres"**. Es ist ein aufrüttelndes Thema, eine der heutigen Zeit seltsam nahegehende Mahnung, was wir hier vernehmen.

Das neue Deutschland kann aber auch nicht sein ohne die Zucht eines politischen und militanten Herrschaftsgeistes, wie es das Preußentum darstellt. Das Preußentum wurde geboren im deutschen Ordensstaat. **Heinrich Bauer** unternimmt es, innerhalb der „Schriften an die Nation" in seinem Werke **„Schwert im Osten. Die Staatsschöpfung des deutschen Ritterordens in Preußen"**, den Ordensstaat, in der Geschichte und in seinen Grundelementen aufzuzeigen. Erben der deutschen Sendung der Ordensritter sind wir. Ihre Erben und Nachkommen warden aber auch die baltischen Adelsgeschlechter, die erst unter schwedischer, dann unter russischer Herrschaft ihr altes Herrentum bewahrten. Aus dem Schicksal des baltischen Adels sind die Erzählungen entstanden, die **Otto Freiherr von Taube** in seinem Buch **„Baltischer Adel"** berichtet. Selbst einem schwedisch-baltischen Geschlecht entsprossen, trifft er das Wesen des baltischen Adels in seinen drei Novellen mit der Traumsicherheit des Dichters.

Die „Schriften an die Nation" sind an eine noch nicht benannte und abgestempelte nationale Jugend gerichtet, die anonym, in allen nationalen Gruppen und Parteien oder vereinzelt am Werk, sich anschickt, ihren neuen Willen zur Tat werden zu lassen; deren Kräfte schon viel weiter reichen, als wir glauben, und auf die unser ganzes Volk, ob bewußt oder unbewußt, seine Hoffnung setzt. Die besten geistigen Kräfte sind darin lebendig. Wir begrüßen eine solche Reihe auf das wärmste. Der billige Preis von 1 Rmk. für den Band dürfte sich auf die weite Verbreitung der Bücherei besonders günstig auswirken.

Von den „Schriften an die Nation" sind ferner folgende Bändchen erschienen:

Jakob Burkhardt, „Die weltgeschichtlichen Krisen".
Moeller van den Bruck, „Jedes Volk hat seinen eigenen Sozialismus".
Hans Bogner, „Bildung der politischen Elite".
H. H. Freiherr Grote, „Der Hauptmann".
Werner Beumelburg, „Der Soldat von 1917".
Herbert Blank, „Preußische Offiziere".
Franz Schauwecker, „Brandenburgische Fahrt".
Franz Mariaux, „Nationale Außenpolitik".
Dr. Hjalmar Schacht, „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik".
Hans Schlange-Schöningen, „Acker und Arbeit".
Bruno Nelissen Haken, „Die Ehe des Arbeitslosen Martin Krug".

Kleine Rundschau.

10 Grad Kälte in Amerika.

Newyork, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Newyork sank das Thermometer in der letzten Nacht bis auf 10 Grad unter Null. Zwei Erwerbslose wurden erfroren aufgefunden. Die privaten Hilfsorganisationen teilen mit, daß alle Wärmehallen und Notquartiere bis auf den letzten Platz besetzt sind. Viele Tausende können keinen Unterschlupf mehr finden. Man rechnet für den kommenden Winter mit großem Elend, da es weder eine Erwerbslosen-Unterstützung noch einen Wohlfahrtsdienst gibt. Die nach dem wärmeren Süden fahrenden Güterzüge nehmen Tausende von Erwerbslosen mit. Der Wintersturm hat im Schiffsverkehr zu großen Verspätungen geführt.

Vollbier in Amerika.

Allen Anzeichen nach ist mit einer Legalisierung des Bierverkaufes in den Vereinigten Staaten noch vor dem 1. Januar zu rechnen. Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Garner, gab in einer Erklärung seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß das Repräsentantenhaus noch vor Ende dieses Jahres eine „Bier-Bill" erledigen wird, durch die der Verkauf von Vollbier gesetzlich zulässig erklärt werden soll.

In diesem Jahr kein Friedens-Nobelpreis.

Der Nobelausschuß beschloß, in diesem Jahre den Friedens-Nobelpreis nicht zur Verteilung zu bringen. Der für dieses Jahr vorgesehene Betrag wird satzungsgemäß für das nächste Jahr zurückbehalten.

Starke Schneefälle in Schottland.

London, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nacht zum Montag herrschte starker Sturm über Nord- und Mittel-England, der teilweise eine Stundengeschwindigkeit von 197 Kilometern erreichte. Der Dampfer „Britannia" traf erst mit 24stündiger Verspätung in Liverpool ein. Auf dem Flusse Wear stießen zwei Dampfer zusammen. An einigen Stellen kam es in Schottland zu Schneestürmen, die den Verkehr stark behinderten. Bei Inveraß mußten 22 steckengebliebene Kraftwagen von ihren Insassen **verlassen werden, die ihre Reise zu Fuß fortsetzten.**

Wirtschaftliche Rundschau.

Börsenspiegel der Woche.

Die Berichtswoche stand, was die Erscheinungen an den internationalen Börsen anbelangt, vollständig unter dem Eindruck des Notenwechsels zwischen der Amerikanischen Regierung und den Kriegsschuldnerländern Europas bezüglich der Tilgung oder Nichttilgung der am 15. Dezember fälligen Rate. Amerikas Absage mußte an den Börsen nicht unerwartete Rückschläge zeitigen. Die stärksten Rückwirkungen erfuhr London, da man hier zwar auf keine großen Überraschungen gefaßt war, aber immerhin die Hoffnung hegte, daß Amerika mit Rücksicht auf die englische Finanzentwicklung der letzten Zeit mit England zu einem Sonderabkommen in der Schuldenfrage bereit sein werde. Die generelle Absage Amerikas hat daher dieLondoner City in eine starke Depression gedrängt. Dieser Hauptgrund und manche Nebenerscheinungen der englischen Exportlage drängen das Pfund aus seiner weltbeherrschenden Position fort, an seine Stelle tritt mehr und mehr der Dollar. Die Englische Regierung ist gezwungen, auf jeden Fall trotz weitergeführter Verhandlungen mit Amerika die erforderlichen Summen zur Ratenzahlung zur Verfügung zu halten. Das Pfund ist im Laufe der Berichtswoche daher von Tag zu Tag gesunken und hat seinen bisher tiefsten Kursstand erreicht.

Die **Londoner** Börse rechnet auf Grund der Erscheinungen mit weiteren Abschwächungen. Die Stimmung an der Börse war sehr gedrückt. Diese gedrückte Stimmung wirkte sich auch bei den Kursen der englischen Staatspapiere aus. Sollte es zu einer Zahlung am 15. Dezember kommen, wozu die Englische Regierung größere Pfundbeträge auf den Markt bringen müßte, um die erforderliche Dollarsumme zu erhalten, dann ist mit einer weiteren Abschwächung des Pfundes zu rechnen. In Citykreisen hofft man auf Interventionen der Regierung oder auf eine Anleihe zur Stützung des Pfundkurses.

Die **Pariser** Börse war ebenfalls wenig freundlich gestimmt. Der Eindruck der amerikanischen Absage war hier nicht geringer als in London, obwohl eine Schwächung des Frank nicht in Erscheinung trat. In Paris scheint man sich größeren Hoffnungen auf eine noch von Amerika zu erwartende Stundung kaum hinzugeben. Die Börse rechnet mit der Wirklichkeit und stellt sich dementsprechend in ihren Transaktionen ein. Trotzdem ließen am Effektenmarkt auch hier die Kurse ein wenig nach.

Berlin hatte durchweg ein schwächeres Aussehen, ohne daß jedoch bedeutende Kursverluste eingetreten wären. Jedenfalls löste die neue Phase in der innerpolitischen Entwicklung, die noch immer eine Klärung vermissen läßt, große Zurückhaltung und Abgabeneigung aus. Auch von außen her fehlte jede Anregung, da man noch nicht voraussehen kann, welche Einstellung die Kriegsschuldenländer bezüglich der Kriegsschuldenzahlungen Amerika gegenüber einnehmen werden. Auf den Aktienmärkten und am Rentenmarkt kamen Angebote heraus, die in den meisten Fällen nicht erheblich waren. Die Kurse ließen ein wenig nach. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. Am Devisenmarkt war das Pfund außerordentlich schwach. Der Dollar und der französische Frank waren gut behauptet.

Die **Warschauer** Börse reagierte heftig in Erwartung einer zusagenden oder abschlägigen Antwort Amerikas, weil die für den 15. Dezember fällige polnische Rate nicht unerheblich den einheimischen Devisenmarkt beeinflussen kann. Am Aktienmarkt beobachtete man Neigungen zu Realisationen. Besser behauptet war der Markt für Obligationen und Pfandbriefe, obwohl die Haltung für Staatspapiere in der Berichtswoche nicht so günstig war, wie ehedem. Das Pfund ließ am Devisenmarkt stark nach, der Złoty konnte sich den anderen Auslandswerten gegenüber behaupten.

*

Die Londoner Börse stand gestern im Zeichen eines weiteren katastrophalen Kursrückganges des Pfundes. Der letzte Sonnabendkurs betrug $3,21\frac{1}{8}$ gegenüber dem Dollar. Am Montag fiel das Pfund weiter auf einen bisher noch nicht notierten Stand von $3,17\frac{1}{2}$. In den Nachbörsenstunden konnte es eine kleine Festigung mit 3,18 notieren. Die britischen Staatspapiere verloren gleichfalls am Kurse. Der Goldpreis stieg um 5 Pence auf 128 Schilling und 4 Pence.

Die Landeswirtschaftsbank senkt die Einlage-Zinsen

Das Zinsproblem in Polen, das nach der Senkung der offiziellen Diskontrate in der Bank Polski ungeheuer kompliziert war, geht jetzt anscheinend einer allmählichen Lösung entgegen, soweit dies natürlich die Lage des einheimischen Geld- und Kapitalmarktes und die vielfachen Zusammenhänge mit dem Auslande gestatten. Die beiden Verordnungen, die den Privat- und Bankzinssatz gesetzlich neu regelten, waren nur eine Vorstufe zur Klärung der allgemeinen Lage. Als Folgeerscheinung waren die Kreditinstitute gezwungen, zu einer Einlagesenkung zu schreiten. Zwischen den staatlichen und kommunalen Instituten und den privaten Bankunternehmen bestehen nach dieser Richtung hin wesentliche Unterschiede. Der Verband der kommunalen Sparkassen senkt am 1. Dezember seine Zinssätze für normale Einlagen von 7 auf 6 Prozent und für befristete Einlagen von 8 auf 7 Prozent. Jetzt hat auch der Aufsichtsrat der **Landeswirtschaftsbank** den Beschluß gefaßt, seine Einlagezinsen zu senken. Für Einlagen auf Goldwährung bei täglicher Kündigung werden sie 1 Prozent betragen, für Scheckrechnung und andere Kreditsalden $3\frac{1}{4}$ Prozent. Durch diese Maßnahmen wird das komplizierte Zinsproblem in Polen unweigerlich einen Schritt vorwärts gebracht.

Polens Getreideaußenhandel im Oktober.

Ausfuhr:	Oktober 1932		Oktober 1931	Januar—Oktober 1932	1931
	To.	in 1000 Złoty			
Weizen	930	338	453	14 882	10 900
Roggen	35 068	4 795	2 167	25 312	22 073
Gerste	18 598	2 753	7 570	16 904	19 428
Hafer	234	48	49	739	639
Roggen- und Weizenmehl	4 526	743	1 154	4 595	16 097

Gegenüber dem Monat September 1932 ist die Ausfuhr in fast allen angegebenen Positionen teils erheblich gestiegen; am stärksten hat die polnische Roggenausfuhr zugenommen und zwar von 3,9 Millionen Złoty im September auf 4,8 Millionen Złoty im Oktober. Bemerkenswert ist, daß die Roggenausfuhr im Oktober d. J. höher war, als im Oktober v. J. Stark gestiegen ist auch der Mehlexport (von 0,4 auf 0,7 Million Złoty).

Für die Zeit von Januar bis Oktober zeigt die polnische Ausfuhr mit Ausnahme von Gerste und Mehl im Jahre 1932 eine mehr oder weniger große Zunahme gegenüber 1931.

Einfuhr:					
Reis	43	21	2 421	12 815	24 238
Mais	354	41	205	563	3 799
Weizen	3 118	548	266	1 855	865

Für den Monat Oktober bemerkenswert ist, daß Polen 3118 Tonnen Weizen im Werte von 548 000 Złoty eingeführt hat, während bis August gar keine Weizeneinfuhr stattfand. Auch ein Vergleich der Ziffern für die Zeit vom Januar—Oktober ergibt eine wesentliche Zunahme der polnischen Weizeneinfuhr. DPW.

Vorzugszölle zwischen Polen und Lettland? Ende November werden in Warschau zwischen Vertretern der Polnischen und der Lettischen Regierung Verhandlungen über gegenseitige Zollpräferenzen beginnen. Die **Vorzugsbehandlung** soll sich auf die sogenannte baltische Klausel stützen, die dritten Ländern gegenüber eine Einschränkung der Meistbegünstigung zugunsten des Handelsverkehrs der baltischen Staaten untereinander festgelegt und nunmehr auch auf Polen ausgedehnt werden soll. Neben den Präferenzverhandlungen werden Besprechungen über gegenseitige Transiterleichterungen sowie die **Abschaffung des Visumzwanges** im Verkehr zwischen Polen und Lettland stattfinden.

Viehmarkt.

London, 28. November. **Baconnotierungen am englischen Markt für 1 cwt. in engl. Sh.: Polnische Bacons Nr. 1 sehr mager 54, Nr. 2 mager 53, Nr. 3 52, Nr. 1 schwere sehr magere 51, Nr. 2 magere 52, Sechser 50. Polnische Bacons in Liverpool 55—57.** Die Gesamtzufuhr betrug in London in der Vorwoche 85 424 cwt., wovon auf Polen 10 660 cwt. entfallen. Die Preisgestaltung blieb **ohne Veränderungen. Tendenz ruhig. Die Nachfrage hielt sich in engen Grenzen.**

Die Lage des polnischen Schweineexports.

Festsetzung von wöchentlichen Ausfuhrquoten.

Dr. Cr. Bekanntlich soll die endgültige Regulierung der Schweineeinfuhr nach England in der Form von „**Gentlemen Agreements**" zwischen Großbritannien und den einzelnen Importländern erfolgen. Vorerst sind Kontingente für 2 Monate bis zum 21. 1. 1933 bestimmt worden. Die Monatskontingente beziffern sich für die einzelnen Importländer wie folgt:

Dänemark	506 000	engl. Ztr.
Holland	82 000	" "
Polen	80 000	" "
Litauen	34 000	" "
Estland	7 200	" "
Rußland	4 000	" "
Schweden	38 600	" "
Vereinigte Staaten	40 000	" "
Argentinien	6 080	" "
Finnland	4 400	" "
andere Staaten	3 680	" "

Angesichts der Kontingentierung sah sich Polen gezwungen, eine Reglementierung der Ausfuhr durchzuführen, und zwar in der Art, daß vorerst die Ausfuhr auf Grund der Bescheinigungen des Ministeriums für Industrie und Handel unter Anwendung des Systems der Rückerstattung von Zöllen erfolgt.

Der Kongreß des Baconverbandes am 12. 11. 1932 stellte die Grundsätze fest, nach denen die Kontingente auf die einzelnen Baconfabriken verteilt werden, und zwar unter Berücksichtigung ihrer Produktion in den letzten 22 Monaten (vom Januar 1931 bis Oktober 1932). Zur besseren Kontrolle des Exports sollen zunächst **zweiwöchentliche Kontingente** festgesetzt werden.

Es entsteht die Frage, wie sich diese Reglementierung der Ausfuhr für die **Rentabilität der polnischen Schweinewirtschaft** auswirken wird. Die Analysierung dieses Problems ist umso wichtiger, als Polen angesichts seines großen Schweinebestandes und seines relativ geringen Eigenverbrauchs auf die Ausfuhr angewiesen ist, welche die polnische Warenbilanz um ca. 300 Millionen Złoty jährlich verbessert. Außerdem ist diese Ausfuhr sehr einseitig (ca. 90 Prozent der Ausfuhr richten sich nach England), und die Exporte beeinflussen in erster Linie die Rentabilität der mittleren und kleineren landwirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß 90 Prozent der polnischen Viehzucht auf kleinere Landwirtschaften entfallen und daß die Einnahmen aus der Zucht für kleinere Landwirte die Grundlage der Vermögensbildung und vor allem des Einkommens und hiermit der Kaufkraft darstellen.

Polen ist auf die Ausfuhr von 1,2 Mill. Stück Schweinen angewiesen. Angesichts des Verlusts der deutschen und russischen Absatzmärkte nach dem Kriege mußten neue Märkte ausfindig gemacht werden. Dabei vollzog sich eine **Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Gebietsteilen.** Kleinpolen, das bereits vor dem Kriege mit den Gepflogenheiten der österreichischen und tschechischen Märkte vertraut war, und über einen entsprechenden Handelsapparat verfügte, lieferte nach wie vor lebende Schweine nach Österreich und der Tschechoslowakei, während die westlichen Gebietsteile, denen der Zugang zu den deutschen Binnenmärkten versperrt war, ihre Produkte auf eine ganz neue Basis stellen mußten. Es gelang ihnen, durch den Absatz von Baconprodukten in die englischen Binnenmärkte einzudringen.

In der Folgezeit ging jedoch der Export nach Österreich und der Tschechoslowakei stark zurück. Mitte 1931 wurden die Zölle in Österreich wesentlich erhöht, und Ende 1931 die Einfuhr nochmals Beschränkungen unterworfen. Das Gesetz vom 4. 11. 1931 erklärte den Wiener Markt für besonders geschützt und machte die fremden Einfuhren von besonderer Genehmigung der Kommission für Viehumsatz abhängig. Das Bestreben der Österreichischen Regierung ging dahin, die eigene Schweineproduktion zu fördern, um den Bedarf Österreichs nach Möglichkeit selbst zu decken, und die Handelsbilanz zu entlasten. Das Provisorium vom 6. 2. 1932 führte Kontingente ein. Neben Österreich versuchte die Tschechische Regierung durch die Auftürmung hoher Schutzzollmauern sich vom Auslande unabhängig zu machen und die eigene Schweineproduktion zu heben.

Von der rückläufigen Bewegung des Exports in Polen wurden in erster Linie die Wojewodschaften Kleinpolens betroffen. Nicht weniger in Mitleidenschaft wurde der Export von Schweineprodukten insbesondere aus den **westlichen** und Zentralwojewodschaften nach England durch die Förderung der eigenen Schweinezucht, die Pfundentwertung, und die Abmachungen von Ottawa beeinträchtigt. Diese Tatsachen sind umso schmerzhafter für Polen, als in den letzten Jahren entsprechend der Schrumpfung des Exports nach Österreich und der Tschechoslowakei Polen in umso größerem Umfange Baconprodukte nach England ausführte. Die strukturelle Verschiebung des Exports hatte zur Folge, daß **England fast zum alleinigen Abnehmer** der Schweine aus Polen aufrückte. Diese einseitige Abhängigkeit von England erklärt auch die weittragende Bedeutung der Abmachungen von Ottawa für Polen. Obwohl das Bestreben Großbritanniens, durch diese Abmachungen die Zufuhren aus dem übrigen Europa abzuriegeln, angesichts der Struktur der Baconprodukte in Irland und Kanada wohl kaum zu realisieren ist, werden die Zufuhren Polens doch jedenfalls eine wesentliche Einbuße erleiden.

Die hohe Qualität der Baconerzeugnisse Irlands macht es diesem Land möglich, auf den englischen Binnenmärkten sehr hohe Preise zu erzielen. Jedoch wird diese Produktion, die in zirka 20 Baconunternehmen in der Provinz Munster konzentriert ist, durch die Konkurrenz Dänemarks stark beeinträchtigt. Die Ausfuhr von frischem Schweinefleisch aus Irland nach England stößt auf die **Konkurrenz Kanadas**, da dort im Gegensatz zu Irland die Bedingungen für eine ausgedehnte Schweinezucht und Baconproduktion insofern wesentlich günstiger liegen, als diese Kolonie Englands über genügende Mengen eigener Futtermittel verfügt. Die Baconerzeugung ist in der Provinz Ontario in ca. 80 Baconfabriken, die nach dänischem Vorbild organisiert sind, konzentriert. **Immerhin nimmt Kanada in dem englischen Import vorläufig noch eine bescheidene Stelle** ein, und es ist in diesem Lande bisher nicht gelungen, andere Staaten aus den englischen Binnenmärkten zu verdrängen. In den Kreisen der Sachverständigen wird auch bezweifelt, ob es Kanada, abgesehen von den rein mengenmäßigen Abmachungen, bei der weiten Entfernung von England und den relativ hohen Selbstkosten der Baconprodukte in Kanada gelingen wird, den Vertrag von Ottawa praktisch zu realisieren. Hinzu kommt, daß die fortgeschrittene Industrialisierung Kanadas nach dem Kriege eine starke Verflechtung der finanziellen Interessen Kanadas mit den Vereinigten Staaten mit sich brachte, und Kanada zwingt, den Schwerpunkt seiner wirtschaftlichen Interessen von dem Mutterlande nach den Vereinigten Staaten zu verlegen.

Eine **unmittelbare Gefahr** besteht also für Polen in der nahen Zukunft noch **nicht**. Dennoch wird Polen darauf bedacht sein müssen, die Qualität seiner Produkte hoch zu halten, wenn es sich auf die Dauer auf den englischen Binnenmärkten behaupten will.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 29. November auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Złoty am 28. November. Danzig: Ueberweisung 57.57 bis 57,68, bar 57,58—57,70, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,95—47,35, Wien: Ueberweisung 79,31—79,79, Prag: Ueberweisung $377\frac{5}{8}$—$379\frac{5}{8}$, Zürich: Ueberweisung 58,30, London: Ueberweisung 28.50.

Warschauer Börse vom 28. Novbr. Umsätze, Verkauf — Kauf, Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland *), 359 55 — 357,75, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London **), 28,71 — 28,41, Newyork 8,925, 8,945 — 8,905, Oslo —, Paris 34,92, 35,01 — 34,83, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 171,60, 172,03 — 171.17, Tallin —, Wien —, Italien —.

*) Holland 358,70—358,60.

**) London Umsätze 28,60—28,53—28,56.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,90.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 28. November Geld	Brief	In Reichsmark 26. November Geld	Brief
2,5%	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
2%	1 England	13,46	13,50	13,55	13,59
2,5%	100 Holland	169,33	169,67	169,38	169,72
9%	1 Argentinien	0,878	0,882	0,878	0,882
4%	100 Norwegen	69,38	69,52	69,53	69,67
4%	100 Dänemark	70,23	70,37	70,58	70,72
6,5%	100 Island	60,94	61,06	61,19	61,31
3,5%	100 Schweden	72,98	73,1	73,18	73,32
3,5%	100 Belgien	58,27	58,39	58,29	58,41
5%	100 Italien	21,51	21,55	21,52	21,56
2,2%	100 Frankreich	16,47	16,51	16,47	16,51
2%	100 Schweiz	80,92	81,08	80,92	81,08
6,5%	100 Spanien	34,40	34,46	34,38	34,44
—	1 Brasilien	0,294	0,296	0,294	0,296
5,84%	1 Japan	0,879	0,881	0,879	0,881
—	1 Kanada	3,566	3,574	3,586	3,594
—	1 Uruguay	1,698	1,702	1,698	1,702
4,5%	100 Tschechoslowak.	12,465	12,485	12,465	12,485
6,5%	100 Finnland	5,934	5,946	5,934	5,946
5,5%	100 Estland	110,59	110,81	110,59	110,81
6%	100 Lettland	79,72	79,88	79,72	79,88
6,5%	100 Portugal	12,76	12,78	12,76	12,78
9,5%	100 Bulgarien	3,057	3,063	3,057	3,063
7,5%	100 Jugoslawien	5,634	5,646	5,634	5,646
6%	100 Oesterreich	51,95	52,05	51,95	52,05
6%	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
4%	100 Danzig	81,85	82,01	81,85	82,01
9%	1 Türkei	2,008	2,012	2,008	2,012
11%	100 Griechenland	2,498	2,502	2,498	2,502
—	1 Kairo	13,84	13,88	13,93	13,97
7%	100 Rumänien	2,517	2,523	2,517	2,523
—	Warschau	46,95	47,35	47,00	47,40

Züricher Börse vom 28. Novemb. (Amtlich.) Warschau 58,30, Paris 20,35, London 16,70, Newyork 5,20, Brüssel 72,00, Italien $26,53\frac{1}{4}$, Spanien $42,52\frac{1}{2}$, Amsterdam 209,00, Berlin 123,55, Stockholm 90,30, Oslo 86,00, Kopenhagen 87,00, Sofia 3,76, Prag 15,40, Belgrad 7,00, Athen 2,90, Konstantinopel 2,50, Bukarest $3,08\frac{1}{2}$, Helsingfors 7,30, Buenos Aires 1,10, Japan 1,10.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 28,21 Zł., 100 Schweizer Franken 170,92 Zł., 100 franz. Franken 34,78 Zł., 100 deutsche Mark 210,00 Zł., 100 Danziger Gulden 172,87 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —.— Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 28. November. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 41 G., 8proz. Obligationen der Stadt Posen 1926, 1927 und 1928 92 +, 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 50 +, 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 31,50 G., 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 51 G., 6proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 10—10,25 G., 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 97 G., Bank Polski 87 +. Tendenz belebt. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 28. November. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 15,25—15,75, Einheitsweizen 25,50 bis 26,00, Sammelweizen 25,00—25,50, Einheitshafer 15,50 bis 16,00, Sammelhafer 14,00—14,50, Grützgerste 14,50—15,00, Braugerste 16,50—17,00, Speisefelderbsen 23,00—25,00, Viktoriaerbsen 25,00—30,00, Winterraps 47,00—49,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide 120,00—135,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 130,00 bis 145,00, roher Weißklee 100,00—130,00, roher Weißklee bis 97% gereinigt 140,00—190,00, Luxus-Weizenmehl 43,00—48,00, Weizenmehl 4/0 38,00—43,00, Roggenmehl I 25,00—27,50, Roggenmehl II 20,00 bis 21,50, Roggenmehl III 20,00—21,50, grobe Weizenkleie 10,00—10,50, mittlere 9,50—10,00, Roggenkleie 9,00—9,50, Leinkuchen 21,50—22,00, Rapskuchen 16,00—16,50, Sonnenblumenkuchen 17,00—17,50, doppelt gereinigte Seradella —.—, blaue Lupinen 8,00—8,50, gelbe —.—, Peluschken 15,00—16,00, Wicke —.—.

Umsätze 3533 to, davon 910 to Roggen. Tendenz: schwächer.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 28. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty

Transaktionspreise:

Roggen	15 to	14.50
	30 to	14.40

Richtpreise:

Weizen	22.00—23.00	Sommerwicke	—.—
Roggen	14.10—14.30	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	13.50—14.00	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68—69 kg	14.00—14.75	Raps	42.00—43.00
Braugerste	15.50—17.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer	13.25—13.50	Senf	38.00—44.00
Roggenmehl (65%)	21.50—22.50	Blauer Mohn	105.00-115.00
Weizenmehl (65%)	34.50—36.50	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	8.00—9.00	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie (grob)	9.00—10.00	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	8.00—8.25	Heu, gepreßt	—.—
Winterrübsen	40.00—45.00	Netzeheu, lose	—.—
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	—.—
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	21.00—24.00		
Folgererbsen	33.00—36.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 295 to, Weizen 75 to, Gerste 90 to, Hafer 15 to, Roggenkleie 7,5 to, Weizenkleie 7,5 to.

Marktbericht für Sämereien der Firma B. Hozakowski, Thorn, vom 28. November. In den letzten Tagen wurde notiert Złoty per 100 Kilogramm loko Verladestation:

Rotklee 120—150, Weißklee 120—240, Schwedenklee 130—175, Gelbklee 105—120, Gelbklee, in Kappen 40—50, Inkarnatklee 45—55, Wundklee 160—190, Reygras hiesiger Produktion 30—35, Tymothe 22—26, Seradella 13—15, Sommerwicken 14—15, Winterwicken 28—35, Peluschken 15—16, Viktoriaerbsen 22—24, Felderbsen 20—22, grüne Erbsen 32—36, Pferdebohnen 16—18, Gelbsenf 40—45, Raps 36—40, Sommerrübsen 44—50, Saatlupinen, blaue 8—10, Saatlupinen, gelbe 10—12, Leinsaat 28—32, Hanf 40—45, Blaumohn 115—120, Weißmohn 115—125, Buchweizen-Konsum 20—22, Hirse-Konsum 18—20.

Berliner Produktenbericht vom 28. November. Getreide und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 193,00—195,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 154,00 bis 156,00, Braugerste 170,00—180,00, Futter- und Industriegerste 161,00—168,00, Hafer, märk. 124,00—129,00, Mais —.—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 24,10—27,00, Roggenmehl 19,75—22,10, Weizenkleie 9,40—9,75, Roggenkleie 8,60—9,00, Raps —.—, Viktoriaerbsen 21,00—26,00, Kl. Speiseerbsen 20,00—23,00, Futtererbsen 14,00 bis 16,00, Peluschken —.—, Ackerbohnen —.—, Wicken —.—, Lupinen, blaue —.—, Lupinen, gelbe —.—, Serradella —.—, Leinkuchen 10,10—10,20, Trockenschnitzel 8,90, Soya-Extraktionsschrot 10,10, Kartoffelflocken —.—.

Hamburg. Cif-Notierungen für Getreide und Kleie vom 28. Novbr. (Preise in Hfl. per 100 kg cif Hamburg unverzollt.) Weizen: Manitoba I per November —.—, Manitoba II per Dezember 4,85, Rosafé per Januar-Februar 4,40, Barusso per Januar-Februar 4,40; Gerste: Donaugerste per Dezember $3,82\frac{1}{2}$, Plategerste per Januar-Februar 3,75; Roggen: Plata per Januar-Februar 3,70; Mais: La Plata per November $3,32\frac{1}{2}$, Donau/Galfox per November 3,25; Hafer: Plata Unclipped fag per Januar-Februar 3,40, Plata Clipped per Januar-Februar 3,60; Weizenkleie: Pollards 3,30, Bran 3,30.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 28. November.) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte). Sonderklasse über 65 gr $13\frac{1}{2}$, Klasse A über 60 g 13, Klasse B über 53 g $12\frac{1}{4}$, Klasse C über 48 g 10; frische Eier: Klasse A über 60 gr 13, Klasse B über 53 g 12; aussortierte kleine und Schmutzeier $6\frac{3}{4}$—7. Auslandseier: Dänen: 18 er 12, 17 er $11\frac{1}{2}$, $15\frac{1}{2}$—16 er $10\frac{3}{4}$, leichtere $7\frac{1}{2}$—$8\frac{1}{4}$; Schweden: 18 er 12, 17 er $11\frac{1}{2}$, $15\frac{1}{2}$—16 er $10\frac{3}{4}$, leichtere $7\frac{1}{2}$—$8\frac{1}{4}$; Holländer: Durchschnittsgewicht 68 g —, 60—65 g —, 57—58 g —; Rumänen: $7\frac{3}{4}$—$8\frac{3}{4}$; Jugoslawien: 8—$8\frac{1}{4}$; Polen: große —, normale $8\frac{1}{2}$—$7\frac{3}{4}$, abweichende 7; Russen: normale $7\frac{3}{4}$—8; Kühlhauseier ausländische, extra große 9—$9\frac{1}{4}$, große 8, normale $7\frac{1}{4}$; Kalkeier: große $7\frac{3}{4}$, normale $6\frac{3}{4}$—7.

Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.

Witterung: schön. Tendenz: abwartend.